

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl., monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 fl. monatl. 5,39 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl., Danzig 8 fl. Deutschland 2,50 fl. — Einzelnummer 25 fl. Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Groschen, Danzig 10 fl. 80 fl. Pf. Deutschland 10 fl. 70 Groschen, übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platavordruck und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur förmlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 168.

Bromberg, Sonnabend den 25. Juli 1931.

55. Jahrg.

Ein dürtiges Ergebnis.

Die Pessimisten haben recht behalten. Das Ergebnis der Londoner Konferenz ist für den Aufwand, der acht Tage lang vertan worden ist, ganz ungewöhnlich dürtig geblieben. Genau besehen hat die Konferenz überhaupt nichts Verbindliches beschlossen, sondern in dem Schlusprotokoll sind lediglich zwei Empfehlungen enthalten. Einmal sollen die Zentralnotenbanken den Redisconto-Kredit von 100 Millionen Dollar, den sie der Reichsbank zur Überwindung des Juni-Ultimo gewährt haben, nochmals um drei Monate verlängern, sobald sollen die Regierungen auf die Bankinstitute in ihren Ländern einwirken, damit sie die Kreditabzüge aus Deutschland einstellen. Schließlich soll noch ein Komitee durch die Notenbanken-Gouverneure ernannt werden, daß die weiteren Kreditnotwendigkeiten Deutschlands untersuchen und die Möglichkeiten studieren wird, einen Teil der kurzfristigen Kredite in langfristige zu verwandeln. Den Plan, auf Grund der Industriehaftung für die Golddiskontbank internationale Kreditoperationen durchzuführen, hat die Konferenz „mit Interesse entgegengenommen“.

Es wäre falsch, zu leugnen, daß diese Empfehlungen für die augenblickliche Krise in Deutschland so gut wie wertlos sind. Was das Reich von den inneren Schwierigkeiten hätte befreien können, das war ein neuer Redisconto-Kredit für die Reichsbank im Betrage von 1 bis 2 Milliarden Mark. Von dieser Forderung, die der Reichskanzler Dr. Brüning in London aufgestellt hatte und die die Billigung der Amerikaner und Engländer fand, ist in dem Schlusprotokoll nicht mehr die Rede. Den Franzosen ist es gelungen, diese wirksame Hilfsaktion zu torpedieren, indem sie sich einerseits von der Mitwirkung ausschlossen, andererseits durch steigende Kreditabzüge aus London auch den englischen Geldmarkt in eine gefährliche Unruhe zu bringen drohten. Offenkundig standen die deutschen Unterhändler vor der Alternative, entweder die expressiven politischen Bedingungen der Franzosen zu diskutieren, oder aber auf den Redisconto-Kredit zu verzichten. Es ist selbstverständlich, daß sie das Letztere taten.

In anderer Hinsicht allerdings ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Immer noch besteht die Möglichkeit, daß die Deutschen einen entsprechenden Redisconto-Kredit, wenn sich die Beruhigung fortsetzt, die in den letzten Tagen festzustellen war, von Engländern und Amerikanern ohne Mitwirkung der Franzosen erhalten. Am Sonntag wird der amerikanische Staatssekretär Stimson in Berlin eintreffen, am Tage darauf die englischen Minister Macdonald und Henderson. Auch die Finanzachverständigen, die die Reichsregierung eingeladen hat, vermutlich ein Engländer, ein Amerikaner und ein Schwede, werden wohl nicht lange auf sich warten lassen, und es wird dann die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen bestehen. Aber das ist zunächst Zukunftsmusik, Möglichkeiten, mit denen man nicht mit Bestimmtheit rechnen kann. So bleibt allein der Weg den deutschen Selbsthilfe, und der wird nun mit verstärkter Energie und erhöhter Zielsicherheit beschritten werden müssen.

Vor allem ist es fraglich, ob die deutsche Wirtschaft sich mit der Konferenz-Empfehlung, die den einen Kernpunkt der deutschen Krise betrifft, begnügen kann und nun abwarten darf, ob die internationalen Banken dem Rufe folgen und die Kreditfündigungen nun einzustellen. Eine Stillhalte-Aktion liegt für gewöhnlich nicht nur im Interesse des Schuldnerns, sondern auch in dem der Gläubiger, so daß die Reichsregierung wird überlegen müssen, ob sie hier nicht mit einem Moratorium für die Auslandschulden nachhilft. Auf dasselbe Blatt gehört eine rücksichtslose Verschärfung der Kapitalfluchtverordnung; denn das bestehende Gesetz schließt noch allzu viele Lücken zu beschränken. Beides ist notwendig, um den Devisenbestand der Reichsbank zu erhalten und womöglich zu vergrößern, welcher Notwendigkeit ja noch der aktive Außenhandel und die Einstellung der Tributzahlungen auf Grund des Hoover-Planes zugute kommt. Ebenso wichtig und für die innere Ruhe im Reich und damit in ganz Mitteleuropa entscheidend ist die Frage, wie der durch Bankfeiertage, Kredit einschränkung und Notenhamsterei verringerte Zahlungsmittelumlauf aufgefüllt werden kann. Die Reichsbank, die jetzt ein paar Tage sich offenbar auf ihren Vorbeeren ausgeruht hat, wird nun alle Register der klassischen Notenbankpolitik ziehen müssen, um den Geldverkehr aufrechtzuerhalten, ohne den kein Land mit hohenwidester Wirtschaft auch nur einen Monat lang existieren kann. Was der Verkehr an Noten wirklich braucht, wird ihm die Reichsbank zur Verfügung stellen müssen, selbst wenn das eine vorübergehende starke Anziehung der Diskonforschraube nötig macht. Wo dadurch untragbare Härten entstehen, wird man versuchen müssen, sie auf anderen Wegen auszugleichen. Von einer folgerichtigen Reichsbankpolitik hängt fast alles ab, solange wenigstens, bis die Zusammenarbeit der Notenbanken wieder funktioniert, die gerade in dieser Krise so jämmerlich versagt hat.

Schlüß der Londoner Konferenz.

Nur eine Zwischenlösung.

Aus London wird gemeldet:

Die Sieben-Mächte-Konferenz hat am Donnerstag mittag um 12 Uhr mit der Zwischenlösung ihren Abschluß gefunden, die in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung bereits ausführlich geschildert wurde. Über diese Zwischenlösung wurde vom englischen Auswärtigen Amt folgende

offizielle Erklärung

ausgegeben:

„Die Internationale Konferenz trat heute morgen 10 Uhr im Foreign Office zusammen und beendete ihre Arbeit. Die folgende Erklärung wurde angenommen:

Die jüngsten außerordentlichen Kapitalabzüge aus Deutschland haben eine akute Finanzkrise hervorgerufen. Diese Abziehungen haben einen Mangel an Vertrauen verursacht, der nicht durch die ökonomische und die Budgetsituation des Landes gerechtfertigt ist.

Um die finanzielle Stabilität aufrechtzuerhalten, sind die bei der Konferenz vertretenen Mächte, soweit es in ihrer Möglichkeit liegt, bereit, an einer Wiederherstellung des Vertrauens mitzuarbeiten.

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind bereit, den beteiligten Bankinstituten folgende Vorschläge zur Erleichterung der gegenwärtigen Situation zu unterbreiten:

1. daß der internationale Kredit von 100 Millionen Dollar, der kürzlich der Reichsbank unter der Führung der BIZ gewährt worden ist, auf die Zeit von drei Monaten verlängert wird,
2. daß gemeinsame Maßnahmen von den Geldinstituten der beteiligten Länder zur Aufrechterhaltung des gegenwärtig Deutschland gewährten Kredits getroffen werden.

Die Konferenz empfiehlt, daß die Bank für internationale Zahlungsausgleich aufgefordert werden soll, unverzüglich ein Komitee, bestehend aus von den Notenbankpräsidenten zu ernennenden Mitgliedern, einzusetzen, daß die weiteren sofortigen Kreditbedürfnisse Deutschlands untersuchen und die Möglichkeit prüfen soll, kurzfristige Kredite in langfristige Kredite zu konvertieren.

Die Konferenz nahm mit Interesse die Mitteilungen Dr. Brünings über die kürzliche Ausschaltungsfahrt der deutschen Industrie für die Golddiskontbank zur Kenntnis. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß eine Garantie dieser Art es möglich machen sollte, eine feste Basis für die Aufnahme normaler internationaler Kreditaktionen zu schaffen.

Die Konferenz glaubt, wenn diese Maßnahmen durchgeführt sein werden, daß sie die Basis für eine nachfolgende Daueraktion abgeben werden.

Die Konferenz hat ebenso beschlossen, daß das Expertenkomitee mit der Ausarbeitung detaillierter Maßnahmen zur Inkraftsetzung des Hoover-Planes fortfahren solle.

In den Schlusssprüchen drückten die Delegationsführer dem Konferenzvorsitzenden, Premierminister Macdonald, ihre Dankbarkeit für seine weitstellige Führung der Verhandlungen aus. In sämtlichen Ansprachen der Delegierten wurde der Sachschluß der deutsch-französischen Annäherung befondere Beachtung geschenkt. Auch Dr. Brüning gab der Meinung Ausdruck, daß die in Paris und London stattgefundenen Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland mit zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beigetragen haben. Derartige Aussprachen zwischen Ministern zweier Länder sollten so oft wie möglich stattfinden.“

Nachkonferenzen in Berlin.

Stimson, Macdonald und Henderson kommen nach Berlin.

London, 24. Juli. (PAT) Macdonald und Henderson werden sich Anfang der nächsten Woche nach Berlin begeben. Henderson reist bereits am Sonntag aus London ab, Macdonald wird für diese Reise am Montag ein Flugzeug buchen. Die englischen Minister werden wahrscheinlich am Mittwoch nach London zurückkehren.

Wie das Wolff-Bureau erfährt, trifft der amerikanische Staatssekretär Stimson in Begleitung seines Sekretärs am Sonnabend nachmittag in Berlin ein. Er wird sich bis Montag in Berlin aufhalten.

Der Eindruck von Brüning:

„Der Ausgang der Konferenz ist sehr gut!“

Mit diesen Worten leitete Reichskanzler Dr. Brüning die sofort nach Schluß der Londoner Sieben-Mächte-Konferenz stattgefundenen Besprechungen mit den deutschen Pressevertretern ein. Zu der von der Londoner Konferenz veröffentlichten Erklärung bemerkte der Reichskanzler im einzelnen, daß die Formulierung der Beschlüsse in sehr weitem Maße im Sinne der deutschen Wünsche erfolgt ist.

„Heute“, so sagte der Kanzler, „sind noch einige Dinge geändert worden, die uns angenehm waren. Sie sehen, daß es sich um eine Zwischenlösung handelt; mit einer Schnelllösung auf langfristiger Basis hätten wir nicht gerechnet, und wie ich in Paris bereits Gelegenheit hatte zu sagen, ist, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten einer solchen internationalen Anleihe, die monatelange Vorbereitungen erforderlich macht, von Anfang an klar gewesen, daß eine Einigung über eine solche Anleihe zur Stunde wenigstens zwischen Amerika, England und Frankreich gar nicht erzielbar ist. Ich sehe ganz ab von etwaigen politischen Bedingungen. So ist es zum Beispiel ganz klar, daß auch die Verfassung der Vereinigten Staaten es ihnen unmöglich gemacht hätte, an einer langfristigen Anleihe teilzunehmen. Dazu kommt die Lage des Londoner Kapitalmarktes, die zurzeit eine solche Anleihe wohl als gänzlich ausgeschlossen erscheinen läßt. Infolgedessen haben wir uns darauf beschränken müssen, daß erstens der 100-Millionen-Dollar-Kredit, der am 16. August abläuft, verlängert wurde, und zwar um drei Monate, und zweitens haben wir, worauf es vor allem ankommt, dafür gesorgt, daß nicht weitere kurzfristige Kredite abgezogen werden.“

Reichskanzler Dr. Brüning betonte, daß dies gerade der Punkt sei, der neuen Notwendigkeit allerseits anerkannt wurde. Er hob hervor,

dass es sich im wesentlichen heute nur noch um amerikanische und englische Kredite handele.

Die Tatsache, daß die Finanzinstitute dieser Länder unbedingt bereit sind, mitzuholen, und daß Deutschland, wie bereits mehrfach betont worden ist, jeden Einfluß in dieser Richtung einsehen wird, ist, wie der Reichskanzler hervorhob, immerhin von nicht unerheblicher Bedeutung. Die Konferenz, so fuhr er fort, stellte fest, daß die Ausschaltungsfahrt von fünfhundert Millionen, die von der deutschen Industrie der Golddiskontbank zur Verfügung gestellt wurde, immerhin eine gesunde Basis für die Wiederaufnahme normaler Kreditoperationen bedeutet.

Der Reichskanzler legte größten Wert auf die Feststellung, daß alles dies nur Zwischenmaßnahmen sind, und

dass das Volumen des deutschen Kredits im Ausland unter allen Umständen in absehbarer Zeit vergrößert werden muß.

Er bemerkte, daß er im letzten Satz der von der Konferenz veröffentlichten Erklärung angedeutet habe, daß diese Maßnahmen die Grundlage der Aktion für die künftigen Ereignisse sein müßten.

Um diese Dinge zu beschleunigen, wurde von deutscher Seite angeregt, wie dies bereits persönlich mit Dr. Sprague, dem amerikanischen Berater der Bank von England, in der vergangenen Woche gemacht wurde, daß eine kleine Gruppe von Sachverständigen internationalen Ansehens nach Berlin

komme, die mit ihrem Rat zur Seite stehe. Die Deutsche Regierung befindet sich mit einer Reihe von Herren bereits in Verbindung. Es kann aber noch nichts Endgültiges darüber gesagt werden. Dies ist besonders wesentlich, um im Ausland die verwickelte Lage Deutschlands klar zu machen.

Die Kompliziertheit ist, wie Dr. Brüning betonte, doch so groß, daß es ganz wenige Menschen gibt, die die ganze Lage übersehen können. Die Tatsache, so fuhr der Reichskanzler fort, daß das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands aufgebaut ist auf kurzfristigen Krediten, und die Bedeutung dieser kurzfristigen Kredite für alles Geschehen in Deutschland, ist in vollem Umfang bisher nicht erkannt worden. Ich glaube, daß wir dazu beigetragen haben, dieser Erkenntnis bei den anwesenden Herren zum Siege zu verhelfen.

Die amerikanischen Delegierten haben vorgeschlagen, um möglichst schnell zu einer Regelung der Frage der Aufrechterhaltung der kurzfristigen Kredite und einer eventuellen Erweiterung des Umfangs der kurzfristigen Kredite zu gelangen, daß die Notenbankpräsidenten ein

Komitee von Bankfachverständigen

ernennen sollen, das sich damit beschäftigen und gleichzeitig nach Vorschlag der Amerikaner schon jetzt die Möglichkeiten prüfen soll, die kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln. Wir haben durchgesetzt, daß während die B. J. S.

dieses Komit
Notenb
B. D.
Ver
wese
wurde
vor al
der den
industrie
viele gr
so weit gekommen, daß jetzt
anderer Seite dieser Ausfallbürgschaft
der den Industrie gegenüber der Golddiskontbank
gegenüber die Bedeutung beigelegt worden ist, und
daß sie sogar große Beachtung gefunden hat.

Deutsch-angelsächsisches Bündnis?

In der Beurteilung der Londoner Siebenmächtekonferenz drückt sich in der englischen Presse eine starke Unsicherheit aus. Der "Daily Herald" geht in seiner Betrachtung von der Goldbewegung London—Paris aus — mehr als 17 Millionen Pfund sind seit der letzten Woche vom englischen Markt abgezogen worden — deren Ursache er in der deutschen Krise sieht, die zwar England unerschüttert gelassen, aber daß Vertrauen allgemein erschüttert habe. Vermutlich sei angenommen worden, daß die deutschen Schwierigkeiten den Londoner Geldmarkt in einen Zustand des Chaos bringen werden. Diese Auffassung aber habe die Situation in London vollständig missverstanden. Ganz unvermittelt führt der "Daily Herald" dann fort:

Die gesamte englische Nation stehe geschlossen hinter Macdonald und seinen Ministern in ihren Anstrengungen, Deutschland ohne Opfer an seiner Selbstsichtung zu helfen.

Ebenso stehen die Vereinigten Staaten hinter Hoover bei seinem Entschluß, daß die in Paris und London diskutierten Probleme als ökonomische und nicht als Gelegenheit, drückende und degradierende Bedingungen aufzustellen, betrachtet werden sollen.

Ganz besonders scharf wendet sich der "Daily Express" gegen Frankreich:

Mit seinem Entschluß, Deutschland nur unter demütigenden und unmöglichen Bedingungen zu Hilfe zu kommen, bereitet Frankreich den Weg zu einem wirtschaftlichen Bündnis zwischen Amerika, England und Deutschland vor.

Ein derartiges Bündnis, eine reine Interessengemeinschaft ohne Verträge und besondere Abkommen, wäre die bestmögliche Lösung für Europa und die Welt. Die deutsch-englisch-amerikanische Gruppe würde den Frieden Europas und die Sicherheit der Kapitalanlagen in Europa besser als sonst irgend etwas garantieren. Frankreich und seine Bundesgenossen würden durch die überwältigende wirtschaftliche Stärke dieses Bündnisses isoliert und seine militärische Selbstsicherheit zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden.

Der "Daily Express" schreibt dann zum Schluß:

Das ist die Tragik für Frankreich und die Welt, daß Frankreich entschlossen ist, die Kriegsmentalitäten zu verewigern, und in Deutschland nach wie vor den verhassten Gegner sehen will. Deutschland muß von der finanziellen Verstürrung gerettet werden. Großbritannien und Amerika werden nicht untauglich zu sehen, wie das deutsche Volk erst in das Chaos und schließlich in die Arme Sowjetrusslands getrieben wird. Niemand bestreitet Frankreich das Recht, sich nach seinen Gefühlen zu entscheiden, aber Frankreich sollte sich auch klar machen, daß, wenn durch sein Verhalten die wirtschaftliche Macht in Europa in die Hände Deutschlands, Großbritanniens und Amerikas fällt, die Machthaber über die ganze Zukunft der Kriegsschulden und Reparationen nach den Notwendigkeiten des Augenblicks entscheiden werden und nicht unter dem Gesichtspunkt des Hasses der Vergangenheit."

Japan zu Hilfsaktionen bereit.

London, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" meldet, daß Japan sich bereit erklärt habe, sich an jeder englisch-amerikanischen Maßnahme zu beteiligen, die auf die Wiederherstellung der deutschen Finanzen hinziele.

Geheimrat Schmitz — Reichswirtschaftsminister?

Berlin, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In verschiedenen Blättern wird ein Gerücht verbreitet, wonach die Ernennung des Geheimrats Dr. Schmitz von der F. G. Garben zum Reichswirtschaftsminister unmittelbar bevorstehen soll. An zuständiger Stelle wird diese Nachricht weder bestätigt noch dementiert. Fest steht jedenfalls, daß Geheimrat Schmitz an den Londoner Verhandlungen als Berater der Reichsregierung teilgenommen hat. Reichskanzler Brüning hatte in London Gelegenheit, die Ansichten des Geheimrats Schmitz über die Wirtschaftslage kennen zu lernen. Es dürfte sich erst nach der Rückkehr des Kanzlers entscheiden, ob Schmitz zum Reichswirtschaftsminister mit außerordentlichen Vollmachten ernannt wird.

Erläuterung Hugenbergs an die deutsch-nationale Presse

Der Vorsitzende der Deutsch-nationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, hat der amerikanischen Associated Press folgende Erklärung über die Lage in Deutschland gegeben:

"Die Krise in Deutschland ist die unvermeidliche Folge der jahrelangen Reparationszahlungen. Die Milliardenverschuldung zur Zahlung der Tribute — noch dazu in Form kurzfristiger Kredite — war politische und wirtschaftliche Unvernunft. Der Abzug dieser Kredite, zum Teil aus politischen Gründen veranlaßt, macht jetzt Staat und Wirtschaft lustlos. Wir bekämpfen den Young-Plan, weil wir als seine Folge die heutige Krise voraussehen."

Die Reparationszahlungen sind die Hauptursache für die Weltwirtschaftskrise.

Ich wies schon vor zwei Jahren in meinem warnenden Brief an prominente Amerikaner auf diese Zusammenhänge

hin. Wir begrüßen den entschlossenen Schritt Hoovers, weil er die Reparationsfrage ansaß. Wir bedauern es, daß während England und Italien sich vorbehaltlos diesem Schritt angeschlossen haben, Frankreich aus machtpolitischen Gründen glaubt, sich wirtschaftlichen Erkenntnissen verschließen und an der Fiktion des Young-Plans festhalten zu müssen.

Am Ende des Hoover-Jahres muß die Revision der Reparationszahlungen stehen.

Weil Deutschland die privat aufgenommenen Schulden anerkennen und zurückzahlen will, deshalb muß es von den politischen Schulden befreit werden. Ebenso muß das Jahr und vor allem die jetzige Finanzkrise die Abkehr von der bisherigen, von marxistischen Ideen beeinflußten Wirtschaftspolitik in Deutschland bringen. Sonst werden wir im Winter 6 Millionen Arbeitslose haben.

Die Lösung der Weltkrise ist ohne Lösung der Abrüstungsfrage nicht zu erreichen. Das abgerüstete Deutschland muß erwarten, daß auch die anderen Staaten, wie es im Versailler Vertrag vorgesehen ist, ihre Rüstungen auf das Maß der deutschen Abrüstung herabsetzen.

Die Rechte wird in kurzer Zeit übernehmen, die Regierung in Deutschland zu übernehmen.

Sie erkennt die privatwirtschaftlichen Verpflichtungen an, die dem Auslande gegenüber eingegangen sind. Sie lehnt es aber ab, die Notlage des deutschen Volkes durch die weiteren Auswirkungen des Versailler Vertrages noch zu verschärfen zu lassen.

Gelingt es nicht, die jetzige Finanzkrise zu einer Gewinnungskrise werden zu lassen, dann haben wir in Deutschland den Bolschewismus.

Es gibt nur ein Entweder — Oder: entweder eine starke von gesunden nationalen Kräften des Volkes getragene Regierung, oder Bolschewismus. Der Bolschewismus aber ist eine Pest, die an den Grenzen Deutschlands nicht hält macht."

ges. Dr. Hugenberg.

Politik der Umwege.

Französische Zusagen an Polen?

Wie der Pariser politische Berichterstatter des "Illustrirten Kurier Godzienny" seinem Blatte meldet, war die polnische Auslandspolitik im Zusammenhang mit der Konferenz der Mächte schon vor mehreren Tagen in eine Phase der erhöhten Aktivität eingetreten. Noch vor dem Beginn der Pariser Konferenz weiltete der polnische Botschafter in London Skirmunt in Paris, um den Tätigkeitsplan mit dem Botschafter von Chlapowski zu vereinheitlichen. Der französische Ministerpräsident Laval empfing vor der Ankunft des Reichskanzlers Brüning und des Außenministers Curtius in Paris den Botschafter von Chlapowski, der dem französischen Ministerpräsidenten die Wünsche Polens vorbrachte.

Laval soll zugesagt haben, bei den Besprechungen die Sicherung der polnischen Westgrenze zu unterstützen, und zwar durch die Forderung an Deutschland, die revisionistische Propaganda einzustellen und die Provokationen des Stahlhelm an der Grenze zu unterbinden, was zunächst eventuell im Rahmen des zehnjährigen politischen Waffenstillstandes erfolgen sollte, der einen Teil der Bedingungen bilde, die Frankreich Deutschland gestellt habe.

Es besteht auch, so heißt es in der Meldung weiter, die Möglichkeit, daß die Ministerkonferenz Gelegenheit zur deutsch-französischen Diskussion geben werde, damit Berlin das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen ratifiziere. Die französischen Kreise sollen mit Nachdruck unterstützen haben, daß eine der Bedingungen der Wiederherstellung des Vertrauens zu den europäischen Verhältnissen die Stabilisierung der deutsch-polnischen Beziehungen sei.

Dadurch, daß die Französische Regierung weder in Paris noch in London ihre politischen Bedingungen durchdrücken konnte, sind auch die polnischen Forderungen und Lavals angebliche Antwort darauf, schon nicht mehr aktuell.

Da man auf polnischer Seite aber den Wunsch dokumentierte, daß die "Provokationen des Stahlhelm" aufhören möchten, werden wir jetzt vielleicht erleben, daß die weit häufigeren und weit schärferen antideutschen Anklageungen der verschiedensten nationalen Verbände in Polen endlich einmal ein Ende finden. In Deutschland hat es keine Verdrängung von Hunderttausenden von Polen gegeben. In Deutschland singt niemand ein antipolnisches Lied nach der Weise der "Rota".

Merkwürdig, höchst merkwürdig ist es ferner, daß die Regierungspresso in diesen Tagen das Glück unseres Staates preist, weil er — so erzählt man es wenigstens unkundigen Leuten — wirtschaftlich von seinem westlichen Nachbarn unabhängig sei, und daß man jetzt sogar das Wirtschaftsabkommen mit den Deutschen auf dem Umwege über Frankreich erzwingen will.

Glaubt man wirklich mit solchen Methoden weiterzukommen, die den Nachbar notwendig erregen müssen und damit genau das Gegenteil von dem erreichen, was man — wenigstens nach außen hin — zu bezeichnen scheint?

Ein Missvergnügter mit schlechten Manieren.

In Lettland bringt der "Kurier Poranu" in seiner heutigen Ausgabe (Nr. 202 vom 23. Juli d. J.) die alarmierende Nachricht aus London, es sei in der Nacht endgültig bekannt geworden, daß Frankreich in der Tat es abgelehnt habe, Deutschland irgend einen kurzfristigen Kredit zu gewähren. Das Warschauer Regierungsblatt knüpft an diese Meldung, die folgenden blutdürstigen Kommentare:

Als eine Lüge haben sich die Alarmrufe Deutschlands erwiesen, eine Lüge war auch die hohes Blutende Brüning's. Die Deutschen sind die brutalen Preußen geblieben und wollen sich der Rolle eines guten Europäers nicht anpassen. Eigentlich haben sie

noch nicht die Halle des Hauses eines zivilisierten Europäers betreten. Die Preußen fordern Blut, Brand und Raub. Den Widerstand Deutschlands schuf die französische Gunstigkeit. Deutschlands Widerstand ist brutal, ist groß; er begleitet dem verständlichen Widerstand Frankreichs, das heute schon gelernt hat, die Politik Deutschlands einzuschätzen. Frankreich wurde vor das Problem gestellt: entweder 80 Millionen Mark zu verlieren oder zu diesen bereits geliehenen 80 Millionen noch einige französische Milliarden zuzuzahlen, und auch diese dem Verlust auszuzeigen, wenn Deutschland keine Garantien gibt. Frankreich wählt das kleinere Übel, indem es vorzog, nur diese 80 Millionen zu verlieren. Denn nachdem sich Deutschland aus den Pfändern des Sieges "erlöst" hatte, plante es sich an den französischen Staatsschach heranzumachen, damit der Haß Preußens zu Frankreich sich mit Vergnügen darstättige, Frankreich von dem Piedestal der stärksten Finanzmacht in Europa zu einer untergeordneten Rolle nicht allein gegenüber England, sondern sogar gegenüber dem unlängst besiegt Deutschland herabdrücken. Die Schadenfreude wäre eine Verhüllung. Nicht mit Unrecht nannte George Clemenceau Deutschland „das verbrecherischste Volk in Europa“.

Aus dem Verlauf der Konferenz ist zu erkennen, daß es Deutschland nicht so schlecht geht, wie es der Welt vorgelegen wurde. (Armer Kurier, wie tut dir das wohl leid! D. R.) Es ist auch klar auf der Hand, daß es kriegerische Gedanken nährt. Es wollte vielleicht schon im Herbst eine Revision der Traktate zum Schaden Polens fordern. Deutschland will keine Garantien geben. Im Gegenteil: verschiedene Hitler, Hugenberg, v. Goltz u. a. rufen ihren Ministern zu: Brüning und Curtius zurück aus London! Diese Haltung ist für Frankreich und Polen sehr schrecklich. Amerika und England könnten, wenn sie wollten, viel von dieser Haltung lernen. Sie würden dann zu der Überzeugung kommen, daß, wenn sie aufrechtig der Idee des Friedens dienen wollen, die friedlichen Garantien Frankreichs unterstützen und im Falle des Widerstandes Deutschland durch einen finanziellen, also unblutigen Druck zwingen, daß es diese Garantien gibt und sich an der friedlichen Zusammenarbeit in Europa beteiligt, nicht aber für die Welt eine Kugel am Bein ist, nur deswegen, weil das Versailler Traktat seine preußische Hoffart gereizt hat. Es wäre gut, wenn Deutschland wirklich erkennen würde, was die Not bedeutet. Es wäre nach einigen Monaten geneigter zu Verhandlungen und zum Frieden."

Warum so verärgert, edles Blatt? Die Akten für den Weltfrieden scheinen doch recht günstig zu stehen, wenn ein Mann von solchen Sitten, wie der Warschauer Artikelschreiber, sich derart erregen muß.

Um jedes weitere Wort der Kritik an dieser erbärmlichen Selbstenthüllung wäre es schade ...

Hoffnungsvoller Nachwuchs!

Von polnischen Studenten in Belgien.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Brüsseler Korrespondent des "Illustrirten Kurier Godzienny" alarmiert die Öffentlichkeit mit Nachrichten über die erschreckende Demoralisation, welche unter den jungen Polen, die an belgischen Hochschulen studieren, eingerichtet sei. Der Korrespondent notiert Fälle unglaublicher Entartung von Sprossen aus den intelligentesten polnischen Schichten. Seine Mitteilungen lauten, wie folgt:

"Mit Bedauern liest man die hiesigen Zeitungen. Was findet man da nicht alles? Ein Student aus Lodz hat ein Frauenzimmer ermordet. Ein anderer Student polnischer Nationalität aus Jaroslaw hat einen Einbruch verübt. Nach dem Polizeiappell waren die Hälfte der polnischen Studenten in Antwerpen im Jahre 1930 Mitglieder der nächtlichen Spiellubs. Zwei Studenten aus Lüttich vermochten während der dortigen Ausstellung die polnische Propaganda anzunehmen, um einen gewissen Emigranten und mehrere polnische Firmen um erhebliche Summen zu pressen.

"Unlängst berichten die Blätter über die Vergehen, die ein junger Sproß einer der bekanntesten Magnatenfamilien Polens, begangen hat. Ein anderer polnischer Student wiederum ist nach einer Begegnung in betrunkenem Zustande in den Kanal gestürzt und ertrunken."

Weiter schreibt der Korrespondent des Krakauer Blattes: „Die Exzeesse mancher Jünglinge, die zu Studienzwecken ins Ausland geschickt wurden, führen manchmal den Ruin einer ganzen Familie herbei. Ich selbst kenne einen Fall, in dem der Sohn eines Beamten, der ein beschiedenes Gehalt bezieht, während seines Aufenthalts in Belgien einen Diebstahl verübt hat. Es lastet auf ihm ein bedingtes Urteil. Der Geschädigte verlangt die Bezahlung von einigen Tausend Franks, die der durch die mehrjährigen Studien des Sohnes nahezu ins Elend gebrachte Vater nicht zu leisten vermag. Man kann sich vorstellen, welche Tragödie in diesen wenigen Sätzen enthalten ist.“

Nach alledem kann es nicht Wunder nehmen, daß die belgischen Familien sich den polnischen Studenten gegenüber so exklusiv verhalten, wie aus den weiteren Mitteilungen des Korrespondenten des polnischen Blattes zu ersehen ist. Die Zurückhaltung den studierenden Polen gegenüber hat übrigens Belgien mit Frankreich gemein.

"Graf Zeppelin" zum Weltflug gestartet.

Friedrichshafen, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Luftschiff "Graf Zeppelin" ist zu seiner Aktionsfahrt um 9.47 Uhr gestartet. Der Aufstieg ging trotz ziemlich starken Westwindes glatt vorstatten. Die riesige Menschenmenge brach in begeisterte Hochrufe aus. Professor Samoilowitsch erklärte vor der Abfahrt, er halte nicht für ausgeschlossen, daß bei dieser Expedition neues Land entdeckt werde. Die Landung in Berlin wird gegen 17 Uhr erfolgen.

Schon in den frühen Morgenstunden stellten sich Hunderte von Menschen vor dem Werftgelände auf. Um 8½ Uhr kamen die ersten Passagiere und Besatzungsmannschaften mit ihren Angehörigen, Dr. Edener in Begleitung seiner Gattin und Tochter, in die Halle. Um 8¾ Uhr werden die Luftschiffmotoren und der Elektromotor in Gang gesetzt. Im Bureau von Kapitän Lehmann hatte Dr. Edener noch eine kurze Unterredung mit den Luftschiffführern, Prof. Samoilowitsch. An Bord des Schiffes sind 20 Besatzungsleute, darunter Dr. Edener mit den Luftschiffführern Lehmann, Glémeling, von Schiller und Prüß, sowie 16 Passagieren.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeordnet.

Bromberg, 24. Juli.

Wechselseitig bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit wenig veränderten Temperaturen an.

Der staatliche Steuereintreibungs-Apparat.

Zur Eintreibung der Steuern dient folgender Staatsapparat: Die Eintreibung von Steuern findet durch Vermittlung der Finanzverwaltung statt, die 15 Finanzkammern, 362 Finanzämter und sogenannte Amt für Steuern und staatliche Gebühren, 9 Stempelgebührenämter, 150 Katasterämter, 65 Finanzämter für Akzise und staatliche Monopole sowie 260 Finanzkassen umfasst. Mit der Einziehung der Steuern befassen sich in Polen also insgesamt 861 Amt! Der Haushalt voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1931/32 sah die Gründung von 16 neuen Finanzämtern für Steuern und staatliche Gebühren vor sowie eines neuen Amtes für Stempelgebühren.

Die letzteren Neugründungen werden jedoch infolge der Sparmaßnahmen der Regierung nicht erfolgen. Außerdem sieht das neue Projekt der staatlichen Verwaltungsreform die Abschaffung von 260 Finanzkassen durch ihre Zusammenlegung mit den Finanzämtern vor.

Der Finanzapparat beschäftigt 12 000 Beamte und 1480 untere Angestellte. Die Bezüge für diesen Beamtenapparat waren ursprünglich für das laufende Wirtschaftsjahr mit 55 Millionen Złoty vorgesehen, werden jedoch infolge der Einsparungsmaßnahmen geringer sein. Eine besondere Gruppe von Beamten der Finanzverwaltung bilden die sogenannten kontraktlich angestellten Buchhalter in einer Zahl von 176 Personen, sowie die Sequestratoren in einer Gesamtzahl von 400. Die Gesamtausgaben für diese beiden Beamtenarten belaufen sich auf etwa 3 Millionen Złoty jährlich. Außer den Personalausgaben in der Form von Gehältern sieht der Haushalt voranschlag noch andere Ausgaben vor, wie Beihilfen, Reisegelder, Umzugsgelder, außerdem noch sachliche Ausgaben wie Miete, Büroaufwand usw., alles zusammen in einem Gesamtbetrag von 18 Millionen Złoty. Die Gesamtkosten des Finanzapparates, der sich in der Haupthälfte mit der Einziehung der Steuern beschäftigt, belaufen sich also auf etwa 80 Millionen Złoty jährlich.

Brief an einen Verstorbenen.

Die Petrikauer „Gazeta Codzienna“ berichtet über den folgenden höchst merkwürdigen Fall:

Vor zwei Jahren wandte sich der Petrikauer Bürger Jan Kurowski, der an einem Krebsleiden litt, an das Institut für Radioheilung mit der Bitte um Hilfe. Er schrieb damals ein Gesuch, nannte seine Adresse, litt friedlich weiter und wartete auf Antwort. Er wartete eine Woche, zwei Wochen, einen Monat. Nach sechs Monaten furchtbarer physischer Schmerzen starb er. Am 11. v. M. kam aus dem Institut die Antwort, die folgendermaßen lautete:

Lodz, 10. Juni 1931.

Sehr geehrter Herr!

Sie werden gebeten, in das Institut für Radioheilung zur Untersuchung Ihres Gesundheitszustandes zu kommen. Die Untersuchung findet vom 15. bis 20. Juni d. J. von 12 bis 1 Uhr mittags statt und wird für Ihren Gesundheitszustand von Vorteil sein. Sosfern Sie nicht in der Lage sind, persönlich vorzusprechen, so wird um gesl. schriftliche Benachrichtigung gebeten, wie Ihr Gesundheitszustand ist.

Für den Direktor des Instituts für Radioheilung.

Der Bureauleiter

(—) J. Boliowski.

Leider konnte die Untersuchung zum Vorteil für die Gesundheit nicht vorgenommen werden, und der Kranke konnte von seinem Befinden keine Mitteilung machen, da er schon seit einem halben Jahr im Grade lag.

Ein Viehmarkt findet am Dienstag, dem 28. d. M., auf dem Viehplatz beim städtischen Schlachthof statt. Aufgetrieben werden können Schweine, Ferkel, Kalber, Schafe und Ziegen.

Verlegte Magistratsbüros. Das statistische Amt ist von seinen bisherigen Unterräumen Hoffstraße (Jana Kazimierza) 3 nach dem Rathaus und die Polizei von dem Hause Friedrichstraße (Długa) 58 nach dem Hause Hoffstraße (Jana Kazimierza) 3 verlegt worden.

Die Wasserbaubehörde teilt mit, daß mit Rücksicht auf die am Sonnabend und Sonntag, dem 25. und 26. Juli, stattfindende polnische Meisterschafts-Rennfahrt in Brahenünde der Verkehr der Dampfer und Trafen im Hafen eingeschränkt wird, und zwar am Sonnabend von 3 Uhr nachmittags und während des ganzen Sonntags. Die Personendampfer können am Sonnabend bis nach Langenau verkehren und am Sonntag des Hafens, am Sonntag nur bis Langenau.

Wie wird die diesjährige Obsternie? Die diesjährige Obsternie verpricht — wie aus Fachkreisen berichtet wird — außerordentlich gut zu werden, vorausgesetzt natürlich, daß die guten Fruchtansäße nicht durch Unwetter vernichtet werden. Die Obsternie in Polen, die für dieses Jahr zu erwarten ist, wird auf 150 Millionen Kilogramm geschätzt. Ganz besonders gut ist die Süß- und Sauerkirschenreiche, obwohl gerade die Süßkirschenbäume unter dem kalten Winter 1928/29 sehr gelitten haben. Gut scheint auch die Pfauen- und Birnenernte auszufallen, während die Apfelernte weniger viel verspricht. Im ganzen darf in diesem Jahr von einer reichlich frühen Ernte gesprochen werden. Sie wird im Durchschnitt etwa zehn Tage früher stattfinden als in den vergangenen Jahren. Die große Hitze im Mai und im Juni brachte die Fruchtansäße schneller zur Reife.

Apothekertagung billigt den Entwurf des neuen Apothekengesetzes. In Posen fand am vergangenen Sonntag eine Tagung der Apotheker und Drogher statt, die sich mit dem Regierungsprojekt eines neuen Apothekengesetzes beschäftigte. Das Projekt wurde ohne Vorbehalt

angenommen. Das Projekt sieht u. a. vor, daß die Apotheker berechtigt sind, hygienisch-kosmetische Mittel zur Befreiung von Schädlingen herzustellen und mit allen zur Heilung und Pflege von Kranken verwendeten Mitteln zu handeln sowie mikroskopische und chemische Untersuchungen vorzunehmen. Einen Großhandel können Apotheken nur mit den von ihnen hergestellten Artikeln führen. Die Apotheken besitzen das ausschließliche Recht zur Anfertigung von Medikamenten auf Grund ärztlicher Rezepte. Außerdem wird das Gesundheitsministerium ein besonderes Verzeichnis derjenigen Medikamente und Heilmittel herausgeben, deren Verkauf ausschließlich den Apotheken zusteht.

Die beliebtesten Auslandsreisen. Das statistische Hauptamt in Warschau stellt an Hand der ausgestellten Pässe fest, wieviel polnische Staatsbürger im Laufe eines Jahres ins Ausland reisen. Die Zahl wird von Jahr zu Jahr größer. Im Jahre 1925 waren es 76 364, 1926 — 47 853, 1927 — 65 567, 1928 — 86 646, 1929 — 87 428 Reisende, die die Grenze mit Auslandspassen passierten. Im Jahre 1930 ist die höchste Ziffer zu verzeichnen mit 114 240 ins Ausland reisenden polnischen Staatsbürgern. Das Jahr 1931 dürfte mit seiner schlechten finanziellen Lage eine Unterbrechung dieser Entwicklung herbeigeführt haben.

Hundstage. Ebenso überraschend wie plötzlich hat sich das Wetter nach dem sehr kühlen Wochenbeginn daran erinnert, daß mit dem 23. Juli die Hundstage programmgemäß ihren Einzug zu halten haben. Gestern nachmittag klärte sich der Himmel auf, die Sonne schien mit verblüffender Wärme und ließ das Thermometer steigen wie die Hoffnungen vieler Menschen auf eine bessere Zeit. Auch der heutige Morgen brachte hohe Temperaturen bei unbedecktem Himmel. Hoffentlich bleibt's so. Landwirte und Städter hätten nichts dagegen.

Der polnische Flugverkehr im Monat Juni. Im Monat Juni haben die Flugzeuge der Linie „LOT“ 496 Flüge ausgeführt und 188 725 Kilometer zurückgelegt. Es wurden 1485 Passagiere, 19 265 Kilogramm Gepäck, 16 206 Kilogramm Waren sendungen, 3525 Kilogramm Post und 2040 Kilogramm Zeitungen befördert. Außer den flugplanmäßigen Flügen wurden 52 Extraflüge ausgeführt, wobei 17 794 Kilometer zurückgelegt und 112 Passagiere 1284 Kilogramm Gepäck und 3828 Kilogramm Waren befördert wurden.

Unglücksfälle. Der Kunstmaler des hiesigen Stadttheaters, Felix Grajowski, weilte kürzlich in Mühlthal und glitt dort auf einem kleinen Hügel so unglücklich aus, daß er sich einen Knöchelbruch am rechten Fuß zuzog. Er wurde mit dem Wagen der hiesigen Rettungsstation nach dem St. Floriansplatz gebracht, wo eine Operation vorgenommen werden mußte. — Bei einer Aufführung in dem zurzeit in Pakers Garten auftretenden Revue-Theater erlitt der Komiker Jan Janecki einen Unfall bei einem Tanz. Er trug eine Armbandurkung davon, die seine Überführung in das Krankenhaus notwendig machte.

Autodiebstahl vor Gericht. Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatten sich der 27jährige Chauffeur Franciszek Neukampf und der 23jährige Händler Alojzy Izdebski zu verantworten. Die Genannten hatten in der Nacht zum 4. Juni aus einer Garage des Geschäfts Graeslowiat ein Personenauto Marke „Essex“ im Werte von 12 500 Złoty gestohlen. Die Täter waren mit dem Wagen bis nach Kalisz gefahren, wo sie durch die französisch informierte Polizei angehalten wurden. Die Diebe erklärten, sie hätten mit dem Auto nur nach Kalisz fahren wollen, um dort eine Arbeitsstelle zu übernehmen, die man ihnen angeboten habe. Dann wollten sie das Auto auf der Straße stehen lassen. Das Gericht erkannte nach Schluß der Beweisaufnahme gegen den Angeklagten Neukampf auf zwei Jahre Zuchthaus, gegen Izdebski auf 1½ Jahre Zuchthaus.

Entgleisung einer Lokomotive erfolgte auf der Brabebahn in der Nähe der Schrebergärten. An der Weiche waren zwei Schrauben durch unbekannte Täter entfernt worden, so daß es zu der Entgleisung kam. Durch den Unfall wurde der Bahndamm und die Weiche beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Wer ist der Besitzer? Bei der Polizei in Grätz befindet sich ein Herrenfahrrad „Ideal“ Nr. 117 621, das von einem Diebstahl aus Bromberg herrührt. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich bei der Kriminalpolizei, Wilhelmstraße (Zagłębiowska) 5, Zimmer 3a, melden.

Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages eine gesuchte Person, eine Person wegen Diebstahls und eine wegen Trunkenheit und Lärms.

In Nowowrocław, 23. Juli. Vor einiger Zeit verhandelte die hiesige Strafkammer gegen die Brüder Stanislaw und Kazimierz Kowalski aus Nowowrocław und den Eisenbahnwärter Piernik aus Gnojno bei Nowowrocław. Die ersten beiden Angeklagten wurden wegen Diebstahls von 20 Zentnern Kohlen von Eisenbahnwaggons zu jedem Jahr Zuchthaus verurteilt. Piernik dagegen, der der Mitwisserschaft bezichtigt war, wurde freigesprochen. Gegen das freisprechende Urteil wurde Berufung eingereicht. In der Revisionsverhandlung vor der verstärkten Strafkammer wurde die Mitschuld des Angeklagten Bahnwärters Piernik einwandfrei festgestellt. Der Staatsanwalt beantragte darauf für den Angeklagten Piernik 7 Monate Gefängnis. Nach kurzer Beratung wurde das Urteil verkündet, das auf 6 Monate Gefängnis lautete. — Festgenommen wurden zwei Personen, die ihre Schlafstelle des Hauses ul. Andrzeja 30 aufgeschlagen hatten. Sie sind der Verübung einiger Diebstähle verdächtig.

* Kruszwica (Kruszawa), 23. Juli. In der letzten Stadtverordnetensitzung berichtete Bürgermeister Borowiak über die Liquidierung des Kreises Strelno. Die Versammlung beschloß einstimmig, sich dem Beschluß des Magistrats gegen die beabsichtigte Liquidierung des genannten Kreises Protest zu erheben, voll und ganz anzuschließen. Nachdem noch der Bericht der Revisionskommission über die letzte Monatsrevision der Stadtclasse zur Kenntnis genommen und noch zwei weitere Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die Sitzung geschlossen.

* Strelno (Strzelno), 22. Juli. Die Stadt beabsichtigt ca. 30 hiesige Arbeitslose bei den Kanalisierungsarbeiten an der Szeroka-, Kościelna- und Magazynowastraße zu beschäftigen.

* Gniezno (Gniezno), 22. Juli. Die Leute brachen in das Bureau der Autoreparaturwerkstatt Kozłowski und Słoski in der Mieczysławstraße 14a ein und stahlen aus dem Schrank 154 Złoty in Bargeld. — Ferner wurde Fleischmeister Kwiatkowski auf der Posenerstraße 24 von

Dieben heimgesucht. Man stahl ihm Fleischwaren im Werte von ca. 500 Złoty. Einige dieser verwegenen Einbrecher konnten festgenommen werden.

Wie Bismarckfelde (Swinary), Kr. Gnesen, 23. Juli. Gestörte Hochzeitsfeier. Während der Hochzeitsfeier der Tochter des Besitzers Hauptmeier in Bismarckfelde entstand plötzlich am letzten Sonntag abend in der Scheune, wo die Feierlichkeit durch Festtafel und Tanzdeile ihren Mittelpunkt fand, durch unvorsichtige oder gar böswillige Art Feuer. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Feierliche nicht mehr den Übergriff der Flammen auf die Holzstiele der Scheune hindern konnten. Infolgedessen konnten nur die Tische gerettet werden.

* Posen (Poznań), 23. Juli. Ein eigenartiger Akt der Selbsthilfe gegen die in der Tat menschenunwürdigen Zustände in den Notwohnungen der fröhlichen Ausstellungshallen im „Lustigen Städtchen“ leisteten sich gestern vormittag deren zahlreiche Bewohner beiderlei Geschlechts, nachdem ihre bisherigen wohl begründeten Klagen vom Magistrat nur mit billigen Worten erwidert worden waren. Sie zogen auf den Hof der Wojewodschaft in der Taubenstraße. Eine Abordnung wurde vom Bizerwojewoden empfangen und schilderte die ungeheuren Mißstände. Die übrigen Demonstranten wurden von einem Polizeiaufgebot auseinandergetrieben. Hoffentlich führt der Vorgang noch vor Unbruch des Winters wenigstens zur Abstellung der ärgsten Mißstände. — Beim Abladen von Biersäcken auf dem Bahnhof geriet ein Fass ins Rollen und zerstörte dem 26jährigen Arbeiter Josef Filipiak aus Zabikowo den rechten Fuß. — Der bei seiner Großmutter in der Allerheiligstraße zu Besuch weilende zehnjährige Schulknabe Theodor Borowiak zog sich beim Sturz von einem Birnbaum schwere innere Verletzungen zu und wurde ins Stadtkrankenhaus eingeliefert. — Schwere innere Verbrüchen zog sich in einem unbewachten Augenblick ein zweijähriges Kind, dessen Eltern am Warschauer Tore wohnen, durch Trinken von Lauge zu; es wurde in das St. Josephskrankenhaus geschafft. — In der Glogauerstraße erhielt der 19jährige Heinrich Czacz von Theodor Brejnakowski, mit dem er in Streit geraten war, einen Messerstich in den rechten Oberschenkel. — Beim selbstverschuldeten Zusammentreffen mit einem Personenkraftwagen erlitt der Radfahrer Czesław Lewandowski aus Buc außer schweren inneren Verletzungen einen Armbruch. — Die Aufdeckung zweier großer Hohlernester ist der Polizei gelungen. Einmal wurden das Chepar Andreas Safranek, Marie Janusz und Stanislaw Zieliński festgenommen, die einer von einem Karl Szubczyński aus Birnbaum in einem Kostener Kurzwarengeschäft gemachten Diebesbeute im Werte von 3000 Złoty ein Asyl gewährt hatten. Sigismund Kujawa und seine Schwester Jadwiga Karasiowicz trieben einen sehr schwungvollen Handel mit Kurzwaren, die von einem Einbruch beim Kaufmann Kronenberg in der Breitenstraße 24 stammten und einen Wert von 4000 Złoty hatten. Das edle Geschwisterpaar wurde wegen Hohlerei festgenommen.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preußische Verantwortung.)

Abzug der Hausfassaden.

In der letzten Nummer der „Deutschen Rundschau“ ist ein Aufruf des Herrn Vizepräsidenten der Stadt Bromberg abgedruckt, worin die Hausbesitzer aufgefordert werden, Mängel an dem Zustand der Fassaden und der Treppenaufgänge zu beseitigen; zugleich wird gedroht, falls die Hausbesitzer dieser Aufforderung nicht nachkommen, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen sie vorzugehen.

Bei dem jetzigen Geldmangel wird es vielen Hausbesitzern recht schwer sein, diese Last auf sich zu nehmen. Die Gebäudesteuer ist seit 1930 um mehr als 50 Prozent erhöht, dazu kommt noch seit kurzem die wieder auferstandene Straßenreinigungssteuer, mit welcher die Hausbesitzer belastet werden, obgleich die Mieter wohl dasselbe Interesse an reinlichen Straßen haben. Wenn der Herr Stadtpräsident sich auf die „öffentliche Meinung“ beruft, so trifft das wohl nicht ganz zu; es handelt sich doch nur um einzelne Kreise, die sich von der Sorge um die Arbeitslosen dadurch befreien wollen, indem sie einem Stande — diesmal dem Hausbesitz — die Lasten für die Unterhaltung der Arbeitslosen aufzürden möchten.

Bei dieser Gelegenheit weise ich noch darauf hin, daß die gleichfalls den Hausbesitzern auferlegte Mühe mit den Hauslisten und Anmeldungen neuerdings statt der erhofften Erleichterung erschwert worden ist.

N. M.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 24. Juli 1931.

Kralau + 2,92, Jawischow + 0,86, Warschau + 0,57, Plock + —, Thorn - 0,02, Gorden + 0,04, Culm - 0,25, Graudenz - 0,09, Kujebrow + 0,19, Bielefeld - 0,58, Dirschau - 0,85, Einlage + 2,28, Schierenhorst + 2,54.

Chef-Nedatör: Gottbold Starke; verantwortlicher Nedatör für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyde; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, L. & S. v. s. f. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 168

Im gestrigen Tage fand in Thorn das Außerordentliche Schiedsgericht in Sachen des Auktionsakes für die diesjährige Getreideernte statt. Da das Urteil nicht im Einklang zu den gegenwärtigen niedrigen Getreidepreisen steht, wird empfohlen, in Tagelohn mähen zu lassen oder das nach § 8 des Kontraktates zulässige Prämienystem anzuwenden.

Die Auktionsäcke, welche das Außerordentliche Schiedsgericht festgelegt hat, sind folgende: Für vorchristsmäßiges Mähen eines Magdeburgers Morgens:

a) schwache Winterung für Mähen, Binden und Aufstellen mit der Abräfferin	4,90 zt
b) starke Winterung für Mähen, Binden und Aufstellen mit der Abräfferin	5,75
für Mähen von Winterung auf Schwad (schwach)	3,42
für Mähen von Winterung auf Schwad (starke)	3,62
c) Sommerung für Mähen, Binden und Aufstellen mit der Abräfferin	4,69
für Mähen von Sommerung auf Schwad	3,42

Sommerung, welche vornehmlich aus Hüllentrüchen besteht, unterliegt gemeinsamer Vereinbarung. Wo eine gemeinsame Vereinbarung nicht erzielt werden kann, wird in Tagelohn gemäß.

Der Mäher bezahlt der Abräfferin von einem Morgen 33% der oben angeführten Normen.

Bei sämtlichen oben angeführten Normen wird das Budget wie folgt in Abzug gebracht:

Deputanten	täglich 3,65 zt
Häusler	0,84
Sofiona: weiter, auswärtige und örtliche	0,60
Scharwerfer	0,31

Posen, den 23. Juli 1931.

Arbeitgeberverband für die deutsche Landwirtschaft in Großpolen.

Schindeldächer!

Neudeckung sow. Reparaturen werden sachgemäß unter Garantie und günstigen Zahlungsbedingungen ausgeführt. Besichtigung und Kostenanschläge kostenlos.

N. Klugmann, Danzig, Neue Mottlau 6. Fernspr. 27879.

Zur Weinbereitung Kitzinger Reinzuchthefe das Wichtigste nicht vergessen:

Generalvertretung C. Pirscher, Rogoźno.

Kirchenzettel.

Sonntag, d. 26. Juli 1931
8. n. Trinitatis.
* Bedeutet anschließende Abendmahlfeier.

F. T. - Freitaufen.

Bromberg. Paulskirche. Bormitt. 10 Uhr Pfarr. Burmbach, nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Bereins im Gemeindehaus, Donnerstag, abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus, Pfarr. Burmbach.

Evangel. Paulskirche. Borm. 8 Uhr Pfarr. Burmbach, Dienstag, abends 8 Uhr Blau-Kreuz-Versammlung im Konfirmandenraum. Choristische. Borm. 8 Uhr Pfarr. Augen aus Gordon, Dienstag, abends 8 Uhr Vereinstunde des Jungmädchen-Bereins.

Luther. Kirche, Grünstraße 87/88. Borm. 10 Uhr Leiegottesdienst, nachm. 1/4 Uhr Jugendbund, 5 Uhr Erbauungsfunde.

Al. Bartelsie. Borm. 11 Uhr Gottesdienst. Schrötersdorf. Borm. 9 Uhr Pfarr. Gauer. Brinzenthal. Bormitt. 11 Uhr Pfarr. Gauer.

Jägerhof. Nachm. 5 Uhr Pfarr. Gauer.

Cath. Kirche. Posenerstr. 18. Borm. 10 Uhr Leiegottesdienst.

Evangelische Gemeinschaft. Lüpertz. (Gduny) 10 abends 8 Uhr Predigt, Pred. Wette. Dienstag, abends 8 Uhr Singstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Marcinkowskie (Fischerstraße) 8 b. Borm. 8 1/2 Uhr Gebetsstunde, nachm. 2 1/2 Uhr Sonntagschule, 3 1/2 Uhr Jugendbundstunde, abends 8 Uhr Evangelisation, Prebiger Schulz, Nakel, Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde.

Baptisten-Gemeinde. Rintaustr. 41. Bormitt. 1/2 Uhr Gottesdienst, Pred. Becker, 11 Uhr Sonntagschule, nachm. 4 Uhr Gottesdienst, 6 Uhr Jugendverbund, am Sonntag, abends 8 Uhr Bibel- u. Gebetsstunde.

Orthodoxe. Borm. 10 Uhr Leiegottesdienst.

Cath. Borm. 10 Uhr Gottesdienst, dan. Kinder-gottesdienst.

Grönfink. Borm. 10 Uhr Gottesdienst.

Diesel. Borm. 10 Uhr Gottesdienst.

Weichendorf. Borm. 11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Nakel. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Osterane - Langenau. Borm. 10 Uhr Gottesdienst, * 11 Uhr Kindergottesdienst.

Wielno. Borm. 10 Uhr Gottesdienst.

Nakel. Borm. 8 Uhr Gottesdienst, Pfarr. Schulz, Gdin. D. Gesch. d. Zeitg.

KINO KRISTAL Heute, Freitag, Premiere des gewaltigsten Tonfilmwerkes, welches alles bisher dagewesene in den Schatten stellt. Dieser Film spricht zu Herz u. Seele u. schildert in farbigen, reizenden Bildern das bewegte Leben u. Lieben an Bord e. Komödiantenschiffes in 16 Akten. Beginn 7 u. 9.10 Sonntags ab 3.20 nachd. berühmt. Roman v. Edna Ferber, welch. in all. Sprach. erschien

Offene Stellen

Aelterer, lediger Müller

für kleine Mühle, bei bescheidenem Anspruch.

vom sofort gefüllt.

Schriftl. Bewerb. mit Zeugniss. u. Lohnford.

Mlyn Nowy Jaziers.

p. Serod pomorski. 7046

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Jungen

Gärtnergehilfen

sucht zum 1. August cr.

A. Sperling. Gärtner.

Nowymiejsko n. Drweca.

Pomorze. 7059

Suche für sofort od. 1. 8.

energi. unverheiratete

Feldhüter

evtl. Jäger od. Förster,

der polnischen Sprache

mächtig, bei freier

Station u. Gehalt nach

Vereinbarung. Bewer-

bungen, Gehaltsanpr.

u. Zeugnisabschriften

an Rittergutsbesitzer

F. Schreiber,

Rubitow, pocz. Pszosc,

now. Mogilino. 7082

Erfahrene Lehrerin

mit gut. Schulbildung

der poln. und deutschen

Spr. mächtig, stellt ein

Fa. Paul Knopf.

Swiecie n. B.

Dworowca 26.

Kolonialwaren

Engros und Detail.

Suche zum 15. August

zu zwei Kindern von 6

und 3 Jahren ein engl.

Kinderfräulein

welches etwas nähen

kann. Meldungen mit

Gehaltsangabe und

Zeugnisabschriften an

Frau Borreyer,

Grzywna - Szlach.

bei Chełmża. 7039

Erfahrene Wirtin

mit guten Zeugniss für

Landhaushalt für bald

gesucht. da Wirtin er-

trankt ist. Off. u. A. 6917

an d. Geschäft. d. 3tg. erb.

Suche zum 15. August

evtl. Hauslehrerin

oder Stütze für Land-

haushalt. Zeugnisse u.

Gehaltsanpr. unter

B. 7036 a. d. G. d. 3.

Erfahrene Lehrerin

mit gut. Zeugniss

gesucht.

Lehrer

sucht Stellung als

Hauslehrer od. Privat-

institut. Alle Fächer

bis Obertertia. Auch

Klavier. Off. u. A. 7026

an d. Gesch. d. 3tg. erb.

Lehrer evgl., Matura,

freiwill. versteig. 2996

Max Cichon, Autio-

nator und Taxator,

Bgdz., ul. Chocimia

Nr. 18. Kontor ul. Pod-

wale 15. Telefon 936.

Racheln

weiß und farbig

Transportable

Rachelösen

Eis. Herde

zu billigsten Preisen

ständig auf Lager.

Ausführung

von Ofenarbeiten.

O. Schöpper

Bgdoszec, 3duny 5

Telefon 2003. 5524

Speckflundern

Seesaal

Engl. Bücklinge

Schleie

heute frisch geräuchert

empfiehlt 2997

F. Rose, Delikatessen

Pomorska 1. Tel. 907

Lastauto

zu verleihen

Btonia 4. Wohnq. 5.

Heirat

Brünnette, lach. 36 J.

alt, m. Aussehen, wünscht

empf. zweite Heirat.

Herrn, 30 J. bis 35 J.

abw. 1. 8. abw. 1. 8.

Suche zur Heirat.

Stücke

od. Mamsell per sofort.

Gef. Zürcher, u. C. 7054

<p

Bromberg, Sonnabend den 25. Juli 1931.

Pommerellen.

24. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

* Ein rumänisches Flugzeuggeschwader, bestehend aus fünf Flugzeugen, in denen sich 10 Offiziere unter Leitung des Obersten Siofossanu befanden, ist am Donnerstag um 11 Uhr vormittags in Graudenz eingetroffen. Die Gäste besichtigten den Flugplatz und wurden sodann durch das Offizierskorps zu einem Frühstück eingeladen. Um 2 Uhr mittags begaben sich die rumänischen Flieger nach Bromberg. *

* Unwahre Gerüchte. Einige Blätter berichten, daß der im Graudenser Zuchthaus sitzende Mörder Kowarowski des russischen Gesandten Wolkow einen Selbstmordversuch unternommen habe. Diese Nachricht beruht, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, nicht auf Wahrheit. *

* Tödlicher Unfall. In Nehden (Radzyn), Kreis Graudenz, ereignete sich am Montag mittag ein schwerer Verkehrsunfall. Auf der Hauptstraße des Ortes spielte eine Kinderschar, als ein Auto herankam, das den achtjährigen Knaben Jerzy Truskawa überfuhr. Der Junge erlitt so erhebliche Verlebungen, daß nach einigen Stunden der Tod eintrat. Ob den Chauffeur des Autos ein Verhüllt trifft, steht dahin. Öffentliche Straßen gehören dem Verkehr und deshalb sollten sie nicht zu Kinderspielstätten dienen. *

* Zu einem Krawall kam es am Mittwoch vormittag gegen 10½ Uhr auf dem Fischmarkt. Die Veranlassung dazu gab ein städtischer Vollziehungsbeamter, der während des Markttreibens einer Verkäuferin, angeblich wegen rückständiger städtischer Steuern, ihre Tasche mit dem Gelde zu konfiszieren suchte. Die von diesem unangenehmen und an dieser Stelle gewiß nicht erwarteten Ereignis betroffene Händlerin nahm das nicht so ohne weiteres hin, sondern erhob ein großes Lamento. Das Publikum nahm für die Frau Partei und ging gegen den Exekutor ziemlich unsaft vor. Er kam ohne einige derbe Püsse und Knüsse nicht davon. *

* Ein netter Geschäftsmittler. Seit einiger Zeit hielt sich in Graudenz Józef Babłocki auf, der sich als Vertreter der Firma St. Brzozowski in Warschau, Chmielna 24, ausgab. Er bot Tageslichtreklamescheiben zum Verkauf an, d. h. er nahm auch solche Bestellungen gegen entsprechende Anzahlung an. U. a. zahlte ihm eine Ladeninhaberin in der Culmerstraße (Chmielna) auf zwei dieser Scheiben, die sie bestellte, einen Betrag von 16,60 Złoty an. Die Frau wartete längere Zeit hierauf, aber das Reklamematerial kam nicht. Da wendete sich die Betreiberin an die von B. angegebene Firma, von der sie die Antwort erhielt, daß ein Józef Babłocki bei ihr als Reisender nicht angestellt, und überhaupt niemand von ihr nach Graudenz gesandt worden sei. Der betrügerische „Vertreter“ ist inzwischen von hier verschwunden. Im Hotel Rezmer, in dem er logierte, hat er seine Rechnung zu bezahlen vergessen. Die Kriminalpolizei, Kirchenstraße (Kościelna) 15, II, hat sich der Sache angenommen. *

* Markdiebstähle. Während des Mittwochmarktes wurden in zwei Fällen von sich dort umhertreibenden Langfinger Diebstähle verübt. So stahl man Józef Socki, Kirchenstraße (Kościelna) 25, eine Uhr mit Kette im Werte von 70 Złoty. Der andere, ebenfalls um seine Taschenuhr bestohlene ist Jan Wawrocki, Oberbergstraße (Radogóra) 46. *

Thorn (Toruń).

v. Der Wasserstand der Weichsel hat nur eine ganz geringe Veränderung erfahren. Der Pegel stand Donnerstag früh auf -0,08 gegen -0,09 am Vorabend. — Eingetroffen sind der Dampfer „Fortuna“ mit zwei Rähnen sowie ein mit Zucker beladener Kahn, der für Danzig bestimmt ist. Vorbeigefahren ist auf dem Wege von Danzig nach Warschau der Dampfer „Goplana“ mit zwei Rähnen mit Stückgut. Außerdem trafen zwei Trafen mit Holz und Eisenbahnschwellen hier ein und setzten ihren Weg nach Danzig fort. — In der Nacht zu Dienstag wurde auf dem Fährdampfer „Viktoria“ ein Kohlendiebstahl verübt. Die Diebe wurden während ihrer „Arbeit“ vor dem Sohn des Fährpächters überrascht und flohen. Sie hatten bereits die im Bunkerraum lagernde Kohle in Säcke verpackt und zum Teil an Deck gebracht. **

v. Verpachtung des Stadttheaters. Gemäß dem Besluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. d. M. hat der Thorner Magistrat die Verpachtung des Stadttheaters für die Saison 1931/32, aber nur bis zum 31. März 1932 ausgeschrieben. Die Leistungen der Stadt zugunsten des Theaters schaffen sich aus der unentgeltlichen Überlassung des Gebäudes, der Requisiten und Dekorationen, freier Beheizung, Beleuchtung und Wasserversorgung zusammen. Der Wert dieser Leistungen beträgt jährlich etwa 122 000 Złoty. Außerdem gewährt der Magistrat eine Bargeldsubvention in Höhe von 12 000 Złoty. **

v. Selbstmordversuch. Donnerstag früh durchschnitt sich der in der Gießbergstraße (Pod Dębową Góra) 92 wohnhafte, 21jährige Maler Bernard Mirecki, wahrscheinlich in selbstmörderischer Absicht, mit einem scharfen Messer die Pulssader der rechten Hand. Die alarmierte Rettungsbereitschaft brachte M. nach dem städtischen Krankenhaus, wo der Arzt die durchschnittenen Ader vernähte. Dem Leben des M. droht keine Gefahr. **

v. Durch den Hufschlag eines Pferdes schwer verletzt wurde der in der Mellendorfstraße (Mickiewicza) 78 wohnhafte 55jährige Kutscher Paweł Ruszkowski. Am R. Mittwoch nachmittag in der Nähe des „Pilzes“ ein Pferd anspannte, wurde dieses unruhig und schlug aus. R. erhielt einen so kräftigen Hufschlag, daß er bewußtlos zur Erde fiel. Der Verunglückte wurde von der Rettungsbereitschaft nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Er hat schwere innerliche Verlebungen erlitten. **

* Der Schmiede diebstahl, der seinerzeit zum Schaden des in der Strobandstraße (Male Garbarz) 11 wohnhaften Goldschmiedemeisters Max Burdinski verübt wurde, zieht immer weitere Kreise. Im Zusammenhang

An unsere Thorner Leser.

Um keine unliebsame Unterbrechung im Bezug der „Deutschen Rundschau“ eintreten zu lassen und um dieselbe pünktlich am Erscheinungstage zu erhalten, bitten wir Sie, Ihr Abonnement für den Monat August sofort bei einer der untenstehenden Ausgabestellen zu erneuern.

Hauptvertriebsstelle und Anzeigenannahme:
Annonsen - Expedition Justus Wallis, Szerola 24
(Breitestraße).

Ausgabestellen:

Altstadt: Kaufmann E. Symiński, Heilige Geiststraße.

„ Kunze & Rittler, Lederhandlung,
Seglerstraße (ul. Zeglarska) 21.

„ Dr. Nowak, Kolonialwarengeschäft,
Schillerstraße (ul. Szczęsna) 18.

Neustadt: Kaufmann Siedlinski, Neust. Markt,
Ecke Tuchmacherstraße.

Bromberger Vorstadt: Milchhalle Bark, Bromberger-Str. 60.
Kaufmann Ernst Wiesner, Mellendorfstraße 111.
Fr. D. Niemirowicz (ul. Mickiewicza) 80.

Culmer Vorstadt: Friseurgeschäft Małach, Chmielnicka 44.

Moder: Bäckerei M. Haberland, Graudenzstr. 170

„ Kaufmann Stanisławski (J. Kuttner Nachf.), Graudenzstraße 95.

„ Firma Racinewska, Kolonialwarengeschäft, Lindenstraße 12.

„ Firma M. Brzezinska, Kolonialwarenhandlung, Lindenstraße 50.

„ Bäckerei Müller, Konduktstrasse 29.

„ Kolonialwarengeschäft Fr. Stojek, Szczerba 4, (ul. Jana Olbracha 4).

Geschäftsstelle der Deutschen Rundschau in Polen.

mit dieser Sache verhaftete die Polizei den 20 Jahre alten Edward Nowak, wohnhaft in Kończewice, Kreis Thorn, den gleichaltrigen Władysław Bielański sowie den 21 Jahre alten Kazimierz Liczkowski, ohne festen Wohnsitz. Während die beiden ersten wieder entlassen wurden, wurde Liczkowski dem hiesigen Bezirksgericht zugeführt. **

Neben fünf kleineren Diebstählen verzeichnet der Polizeibericht vom Mittwoch drei Übertretungen der polizeilichen Verwaltungsvorschriften. — Gestern vormittag wurde eine Person wegen Diebstahls, die dem Bürgeramt überwiesen wurde. Außerdem erfolgte die Festnahme von zwei Trunkenbolden, die nach erfolgter Ausnüchterung wieder entlassen wurden. **

* Aus dem Landkreise Thorn, 23. Juli. Nach Einschlägen einer Scheibe drangen unbekannte Täter in der Nacht zum Montag in die Wohnung des in Dybowo, Kreis Thorn, wohnhaften Bernard Chyla und entwendeten Kleidungsstücke im Werte von ca. 200 Złoty. Die Diebe sind unerkannt entkommen. — In der gleichen Nacht statteten Einbrecher dem Lebensmittelgeschäft des in Balsieboze, Kreis Thorn, wohnhaften Gustaw Klamer einen unerbetenen Besuch ab. Nachdem sich die Täter durch Herausschneiden eines Fensters Eingang in den Keller verschafft hatten, benutzten sie die nach oben führende Treppe und gelangten so in den Laden, wo sie Kolonial- und Tabakwaren sowie 6 Zł. Bargeld entwendeten. Der entstandene Schaden beträgt ca. 200 Złoty. Von den Dieben fehlt jede Spur. Eine polizeiliche Untersuchung ist im Gange. **

v. Konitz (Chojnice), 23. Juli. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 11. d. M. von unbekannten Tätern in das Kolonialwarengeschäft des in Swornegacie, Kreis Konitz, wohnhaften Bolesław Joachimczyk verübt. Den Tätern fielen 2 Kilo Speck und 40 Bigarren in die Hände. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

h. Neumark (Nowe Miasto), 23. Juli. Der in Kauernik (Kurzenitki) stattgefundenen Vieh- und Pferdemarkt war nur mittelmäßig besucht und besucht. Für Pferde zahlte man 150–550 Złoty, für Milchkühe 200–350 Złoty, für Jungvieh 25–30 Złoty, für Mastvieh 33 Złoty pro Zentner Lebendgewicht. Der Umsatz bei Kindrich war gering; Pferde wurden infolge der nahenden Landarbeiten flotter gehandelt. — Beim Baden im Drewenzflusse ertrank die 12 Jahre alte Marta Seroczyńska aus Kauernik. — Bei einem Gewitter schlug der Blitz in den Stall des Landwirts Wl. Kubalewski in Mroczenko ein. Der Stall brannte nieder. Das lebende Inventar konnte nur mit großer Mühe gerettet werden. Der Brandschaden beträgt 1000 Złoty. R. war versichert. — In Kielmark brach ein Feuer im Gehöft des Landwirts Johann Hasska aus. Verbrannt ist das Wohnhaus und eine Scheune. Ferner fielen die landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften sowie das Mobiliar und Wäsche dem Brande zum Opfer. Die Entstehungsursache ist unbekannt. — In Mikolajki brannte dem Landwirt Rozantiewicz das Wohnhaus nieder. Mitverbrannt sind das Mobiliar und etwa 20 Zentner Getreide. Der Brandschaden beträgt etwa 8000 Złoty. R. ist versichert. Entstanden ist der Brand infolge mangelhafter Beschaffenheit des Schornsteins. — In Dt. Brzozie wurde das Wohnhaus nebst Stall, die unter einem gemeinsamen Strohdach standen und dem Landwirt Johann Laumann gehörten, ein Raub der Flammen. Gleichzeitig fielen ein Mutterschwein und vier Ferkel dem Feuer zum Opfer. Der Brandschaden beziffert sich auf 3000 Złoty und wird durch Versicherung gedeckt.

— Tuchola, 23. Juli. Ein Diebstahl aus dem Keller eines Landwirtes in Czecyn-Ausbau, Kreis Tuchola, mehrere Laib Brot. Dagegen Butter, die offenkundig daneben lag, ließ er unberührt liegen, was wohl den Beweis liefern dürfte, daß bitterste Not diesen armen Menschen zu dieser verzweifelten Diebstahl trieb. — Nun menschlich! Kreaturen benahmen sich schändlich bei der Ausräumung von Bienenständen in Minkowo, Kreis Tuchola. Bei dem Besitzer Rudolf Kettner dorthin zerstörten sie mehrere

Bienenkörbe, zertraten die armen Bienen und raubten dann den gesamten Honigertrag. Ähnlich verfuhr die unverhüllten Wildlinge bei dem dortigen Besitzer Johannes Fließ. Hoffentlich gelingt es diesmal der hiesigen Polizei, diese Unnen zu ermitteln, damit die verabscheunungswürdige Tat geführt werden kann. — Dem Friedrich Małach aus Lubin, Kreis Tuchola, war es vergönnt, in diesen Tagen in voller Gesundheit und Rüstigkeit das Goldene Hochzeitsfest zu feiern. Zahlreiche Freunde und Bekannte bedachten mit Glückwünschen das Jubelpaar, desgleichen das Konsistorium und die evangelische Kirchengemeinde in Iwiz (Iwice), Kreis Tuchola.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Hagel in Größe von Hühnereiern.

* Lemberg (Lwów), 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Mehrere Ortschaften in Ostgalizien sind von einem so großen Hagelsturm heimgesucht worden, der ungeheure Schäden angerichtet hat. In einer Ortschaft des Kreises Tumacz hat der Sturm etwa 60 Prozent der Ernte vernichtet. Die Schäden werden auf ungefähr 180 000 Złoty berechnet. Gestern nachmittag ging ein Sturm, der Hagel in der Größe von Hühnereiern zur Erde schickte, über mehrere Ortschaften des Kreises Buczac nieder und vernichtete die gesamte Ernte. In vielen Orten wurden die Scheunen umgeworfen. Zahlreiche Gebäude wurden beschädigt.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Stettin, 23. Juli. Proviantamt in Altdamm bei Stettin brach ein Feuer aus, das rasch großen Umfang annahm. Der Brand entstand vormittags gegen 10 Uhr in einem großen Schuppen, in dem 110 Tonnen Heu untergebracht waren. Trotz sofortigen Eingreifens der freiwilligen Feuerwehr Altdamm und der Reichswehrtruppen ist der Schuppen bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Kleine Rundschau.

Schwerer Unfall in der italienischen Artillerie.

* Rom, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das in Palermo liegende Regiment schwere Artillerie verlor durch einen Unfall drei Tote und drei Schwerverletzte. Das Regiment befand sich auf dem Marsch zum Lager, als der Führer des ersten Geschützschleppers nach einer Kurve den Wagen eines schlafenden Bauern mitten auf der Straße bemerkte. Da ein rechtzeitiges Bremsen nicht mehr möglich war, steuerte der Führer den Schlepper gegen die Außenmauer der Straße, um das Überfahren des Bauernwagens zu vermeiden. Bei dem Auprall wurde die Mauer durchschlagen und der Schlepper stürzte mit dem schweren Geschütz abwärts hinab. Drei Männer der Bedienung wurden verschmiert und drei weitere schwer verletzt. Das Geschütz blieb an einem entwurzelten Baum auf der halben Höhe des Abhangs hängen.

Radiobesitzer

finden das wöchentliche Rundfunkprogramm in den Zeitschriften „Der Empfang“ (Nr. 70 Gr.), „Europastunde“, „Funkpost“ u. a. Zu haben bei O. Bernick, Buchh. Bydgoszcz, Dworcowa 3. (845

Graudenz.

Verleihe Einige gute, gebrauchte kleinere Beträge PIANOS

gegen Sicherheit, öff. unter Nr. 7057 an die Geschäftsstelle Arnold Kriede, Grudziądz.

Reparaturen an Polomobilen, Drehschaltern, sonst. Landw. Masch., führt prompt und billig aus 6834 A. Bertram, Grudziądz, Staszica 4, Telef. 212, Monture jederzeit zur Verfügung.

3. Sommerfeld, Bydgoszcz Gdańskia 27 (fr. 19), Sniadeckich 2 (fr. 56). Filiale Danzig, Hundegasse 112. Filiale Grudziądz, Grobla 4.

Pianofabrik 6344

Kinderwagen neueste Modelle

In reichhaltiger Auswahl zu billigsten Preisen offeriert

B. Pellowski i Syn Grudziądz, ulica 3 Maja 41

5527 Toruń, ul. św. Ducha 3

5 Zimmer-Wohnung mit Zubehör per 1. 9. 31 gefügt. Meldg. unter Nr. 7056 a. d. Gschäftsst. Arnold Kriede erbettet.

1 Fahrrad zu verkaufen. 7058 Dieball, Ogrodowa 42.

5 Zimmer-Wohnung mit Zubehör per 1. 9. 31 gefügt. Meldg. unter Nr. 7056 a. d. Gschäftsst. Arnold Kriede erbettet.

Kirch. Nachrichten. Sonntag, d. 26. Juli 1931 (8. n. Trinitatis)

Evangel. Gemeinde Graudenz, Borm. 10 Uhr Pfarr. Dieball, 11½ Uhr Kindergottesd., Montag, ab 8 Uhr Jungmädchen-Berein, Dienstag, 8 Uhr Posauenges. Mittwoch, ab 8 Uhr Musikalische Abendfeier, Donnerstag, ab 8 Uhr Jungmänner-Berein.

E. Caspari, Swiecie n. W. Kopernika 2.

1208

Schweß.

Anzeigen

jeder Art sowie

Abonnements für die „Deutsche Rundschau“

nimmt zu Originalpreisen in Świecie und Umgegend entgegen die Vertriebsstelle der „Deutschen Rundschau“

E. Caspari, Swiecie n. W. Kopernika 2.

Die deutsch-österreichische Zollunion vor dem Haag

Das eindrucksvolle Plädoyer des deutschen Vertreters.

Professor Dr. Viktor Bruns - Berlin, der bereits am Montag vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof sein Plädoyer begonnen hatte, stellte in der Dienstagsitzung der Cour zunächst nochmals fest, daß der im Vertrag von St. Germain und im Genfer Protokoll vom 1922 verwandte Begriff der Unabhängigkeit lediglich die juristische, nicht die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit meine.

Der Begriff der juristischen Unabhängigkeit sei namentlich im französischen Schriftsat klar herausgearbeitet. Wo dieser Schriftsat feststelle, "Unabhängigkeit eines Staates bedeute, daß dieser Staat im Rahmen seiner Souveränität selbst und durch seine eigenen Organe handle", da befindet sich die deutsche und die französische Auffassung durchaus in Übereinstimmung. Es sei gleichfalls die deutsche Auffassung, daß eine Verlehnung der Unabhängigkeit vorliege, wo auf eine Beschränkung des betreffenden Staates abgezielt werde. Deutlicher als stimme man auch mit der französischen Auffassung überein, daß der Vertrag von St. Germain Österreichs Unabhängigkeit, wie sie 1919 vorsiegt, habe bewahren wollen und daß diese Absicht vereitelt würde, falls Österreich, obwohl in der Ausübung seiner verbrieften Rechte frei, diese Hoheitsrechte selber aufgebe oder abtrete. Die teilweise oder völlige Aufgabe der österreichischen Souveränitätsrechte ist nur mit Zustimmung des Völkerbundsrats möglich. Die französische Schlussfolgerung, daß bei der Bestimmung der österreichischen Unabhängigkeit sowohl die Art und Weise, wie es seine Hoheitsrechte bewahre, als auch die Art und Weise, wie es diese aufgab, betrachtet werden müsse, müsse er (Bruns) als unmöglich abweisen, da in diesem Fall die französische These die Ausübung eines Rechts gewissermaßen mit der Preisgabe eines Rechts gleichsetze. Die Frage nach der Ausübung eines Rechts dürfe nicht mit der Frage nach dem Ausgeben eines Rechts verquickt werden.

Denn die Ausübung des österreichischen Hoheitsrechts, sich eine Verpflichtung aufzuerlegen, sei sie denn gleichbedeutend mit einer Auslöschung der Staatshoheit, der Unabhängigkeit? Eine Einschränkung in der Ausübung eines Hoheitsrechts bedeute niemals eine auch nur teilweise Preisgabe desselben

Wieviel Verpflichtungen müsse wohl eigentlich ein Staat auf sich nehmen, um seine Unabhängigkeit voll und ganz preiszugeben? Von vollständiger Unabhängigkeit könne eigentlich nur dort gesprochen werden, wo ein Staat völlig frei von allen Rechtsverpflichtungen ist. Jeder Staat aber, welcher der internationalen Völkergemeinschaft angehört, sei zum mindesten der Verpflichtung des gemeinen Rechts unterworfen. Völlig unabhängig wäre ein Staat nur, wenn er sich außerhalb der Völkergemeinschaft, d. h. des Rechts selber, stelle. Das wäre doch aber wirklich eine bizarre Schlussfolgerung!

Die französische Auffassung, daß sich staatliche Unabhängigkeit nicht mit dem Vorhandensein internationaler Verpflichtungen vertrage, mache es schwierig, die Grenzen zu bestimmen, wo Preisgabe oder Nichtpreisgabe eines Souveränitätsrechts vorliege. Was seien überhaupt "normal übernommene" Verpflichtungen?

Können Österreichs durch den Vertrag von St. Germain übernommene Verpflichtungen als normal bezeichnet werden?

Lassen sich z. B. die Verpflichtungen, die aus der Schaffung der Vereinten Staaten von Europa hervorgehen würden, als "normal" bezeichnen?

Am Nachmittag fuhr Professor Bruns in seinem Plädoyer fort.

Die gegnerische These, "ein Staat, der vertragliche Verpflichtungen auf sich nehme, gebe seine Souveränitätsrechte preis", könne keinesfalls angenommen werden. Preisgabe der Souveränität liege höchstens vor, wenn von einer relativen oder faktischen Unabhängigkeit die Rede sei. Diese Art der Unabhängigkeit habe aber weder der Vertrag von St. Germain noch das Protokoll von Genf im Auge. Hierauf ging Professor Bruns die verschiedenen Auffassungen durch, die in den gegnerischen Denkschriften über den Begriff der "Entäuscherung der Unabhängigkeit" niedergelegt sind.

Der Abschluß einer Zollunion könne keinesfalls als eine Entäuscherung der staatlichen Unabhängigkeit gelten.

Keine der früher geschlossenen Böllallianzen habe die Unabhängigkeit eines der Vertragspartner mit sich gebracht. Dabei seien die früheren Böllverträge hinsichtlich ihres Ausmaßes, ihrer Dauer sowie der Einschränkung der Souveränität viel weitergegangen als das geplante deutsch-österreichische Böllregime.

Was die tschechoslowakische Denkschrift befreie, so erbringe sie nirgendwo den Nachweis, daß der Abschluß der deutsch-österreichischen Zollunion die Schließung eines andern Vertrages nach sich ziehen werde, durch den die Selbstständigkeit des österreichischen Staates vernichtet werden soll.

Überhaupt solle man nicht in vage Zukunftsmöglichkeiten abschweifen, sondern sollte er in die Vergangenheit zurückgehen und untersuchen, ob die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain und des Protokolls von Genf sich mit dem Waffenstillstandsbolkommen und mit den vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson vertrügen.

Professor Bruns läßt darauf die verschiedenen kritischen Einwände Revue passieren, die gegen das Protokoll von Wien erhoben worden sind. Die Deutsche Regierung sei der Meinung, daß nur eine Verlehnung der österreichischen Unabhängigkeit im juristischen Sinne des Wortes eine Entäuscherung der österreichischen Unabhängigkeit bedeuten würde. Frankreich sage, daß die deutsch-österreichische Zollunion so vollständig wie nur möglich sei. Doch die juristische Form der Union könne noch weitergetrieben werden, obwohl auch die Einschaltung eines Schiedsgerichts vorgesehen sei; freilich werde keines der beiden Länder der Autorität des anderen unterworfen. Diese fran-

zösische Feststellung begrüßt Professor Bruns mit besonderer Genugtuung. Italien, das heute den Abschluß einer Wirtschaftsallianz für einen selbständigen Staat als etwas Unannehmbares bezeichnete, habe selber schon 1923 mit Österreich einen Handelsvertrag geschlossen. Nach der italienischen These hätten eine ganze Menge Staaten, Belgien, die Schweiz, ihre Unabhängigkeit verlieren müssen. Bei der Untersuchung, ob das Wiener Protokoll die juristische Unabhängigkeit Österreichs antrete, weiß Professor Bruns daran hin, daß Österreich zwar die Erhebung von Einfuhrzöllen auf deutsche Waren abschaffen werde, daß deswegen die Zollgrenze Österreichs aber nicht bis an die Nordsee hinausgeschoben würde und daß etwa hier deutsche Beamte den österreichischen Zoll erheben. Österreichische Beamte werden keinesfalls durch deutsche Beamte ersetzt werden, und umgekehrt anerkannt Österreich, daß die an der deutschen Grenze erhobenen Zölle ausschließlich in die Tasche des deutschen Staates fließen. Die Handelsverträge der beiden Staaten würden von jedem einzeln abgeschlossen und einzeln unterzeichnet. Frankreich sei der Meinung, daß in gewissen Fällen die Verwirklichung der Absichten Österreichs von den Absichten Deutschlands abhängen

Hierauf antwortete Bruns überaus treffend mit der Frage, wenn ein Staat seine Unabhängigkeit dadurch verlöre, daß er sich mit einem andern über gewisse Vorhaben verständigen muß, wäre es dann überhaupt noch möglich, politische Bündnisverträge zu schließen?

Prof. Erich Kaufmann kämpft für Österreich

Nachdem am Dienstag Professor Dr. Viktor Bruns - Berlin als Vertreter Deutschlands sein Plädoyer, das 1½ Sitzungstage in Anspruch nahm, beendet hatte, kam am Mittwoch Professor Dr. Erich Kaufmann - Berlin im Namen Österreichs zu Wort. Danach wird noch Professor Spiegel aus Wien mit einem ergänzenden Referat zu Wort kommen.

Professor Kaufmann begründete in seinem Plädoyer die Leistgedanken, die in dem von ihm verfaßten Memorandum der österreichischen Regierung dem Gerichtshof bereits vorliegen. In diesem Memorandum wird festgehalten, daß Österreich durch das Protokoll von Genf (4. Oktober 1922) keineswegs erklärt habe, sich vom Abschluß von Handelsverträgen, welche ihm ein besonderes Regime auferlegen, überhaupt fernzuhalten zu wollen, vielmehr lediglich von einer Gefährdung seiner Unabhängigkeit durch solche Verträge. Da zum Beispiel die Errichtung einer internationalen Finanzkontrolle keineswegs als unabhängigkeitgefährdend angesehen würde, so habe man auch das im Protokoll von Genf vorgesehene Finanzregime keineswegs als unvereinbar mit der vertraglich festgesetzten Unabhängigkeit betrachtet.

Das erste Prinzip des deutsch-österreichischen Böllabkommen ist das der absoluten Gleichstellung der beiden Staaten und es gebe keinerlei Anhaltpunkte für die Behauptung, der Staatswillen Österreichs solle dem Staatswillen Deutschlands unterworfen werden. Das zwischen Deutschland und Österreich vorge sehene Schiedsgericht sichere Österreich die volle Wahrung seiner Lebensinteressen. Durch die Unterzeichnung des Protokolls von Wien werde es nicht den kleinsten Bestandteil der österreichischen Unabhängigkeit preisgeben. Diese Unterzeichnung müsse vielmehr als Ausdruck der österreichischen Souveränität respektiert werden.

In seinem Plädoyer unterzog Prof. Kaufmann zunächst den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und das Protokoll von Genf einer ausführlichen Analyse. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Ausgangspunkt des Artikels 88 die Unabhängigkeit Österreichs sei. Diese Unabhängigkeit sei allein durch die Österreich aufgerlegte Verpflichtung beschränkt, sich derselben nicht ohne Einwilligung des Völkerbundes zu entziehen. Im Protokoll von Genf hätten sich die Unterzeichner dieses Vertrages wohlweislich gehütet, sich als Garanten oder Protektoren der österreichischen Unabhängigkeit zu bezeichnen. Vielmehr habe man sich in diesem Schriftstück ausdrücklich als desinteressiert gegenüber dieser Unabhängigkeit bezeichnet. Die Tragweite des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain zu erweitern, sei nicht die Absicht des Genfer Protokolls gewesen.

Wenn heute die französische, italienische und tschechoslowakische Regierung behaupten, daß Genfer Protokoll enthalte eine stärkere Beschränkung der Unabhängigkeit Österreichs als der Vertrag von St. Germain, so lehne das so aus, als wollte man nachträglich etwas erreichen, was damals die eine oder andere Regierung vergleichbar zu erreichen ge trachtet habe.

Amerika und die Zollunion.

Von einer Amerikareise zurückgekehrt, hielt der bekannte sudetendeutsche Wirtschaftspolitiker Dr. Wilhelm v. Medinger, Mitglied des Prager Senats, in der Reichenberger Handelskammer einen Vortrag über die Haltung der Vereinten Staaten zur österreichisch-deutschen Zollunion. Wir entnehmen dem interessanten Vortrage folgendes:

"Wohl kein leidender Amerikaner hat in den letzten zwölf Jahren Europa bereist, ohne ihm eine Verminderung der Grenzen, durch die es zerschnitten wird, zu empfehlen. Allerdings sind sich dabei die wenigsten Amerikaner des Anteils bewußt, die sie selbst durch ihren seinerzeitigen Präsidenten bei der Errichtung von 20 000 Kilometern neuen Grenzen auf sich geladen haben. Wenn nun zwei Staaten endlich daran gehen, die Grenzen zu be seitigen oder wenigstens vorläufig deren Bedeutung zu vermindern, so betrachten dies viele Amerikaner nur als Be folgung ihres Rates und ihres Beispiels."

"Seit Jahren der erste vernünftige Schritt!" soll ein in der Außenpolitik führender Senator gerufen haben.

Alle Postanstalten

im Gebiet der Republik Polen nehmen noch Bestellungen auf die

„Deutsche Rundschau“

an.

Abonnementpreis für den Monat August 5,39 zt einschließlich Postgebühr.

Ahnliche Äußerungen haben zu mir zahlreiche andere Führer des amerikanischen Wirtschaftslebens getan. Dabei geschah es zweimal, daß sie sich vorher entschuldigten, mir als "tschechischen" Senator mit ihren Worten weh tun zu müssen, und daß sie dann um so bestredigter waren, als ich ihnen mitteilen konnte, daß die gesamte deutsche Industrie und Landwirtschaft in der Tschechoslowakei, sowie die deutschen politischen Parteien daselbst den Schritt der beiden Nachbarstaaten begrüßten und den Eintritt der Tschechoslowakei wünschten. Davon war infolge ein seitiger Propaganda, außer in dem glänzend informierten Commerce-Departement, wenig bekannt. Am ausführlichsten fand ich das Zollunionsprojekt in dem soeben bei J. Washburn, New York, erschienenen ausgezeichneten Buche G. Alexander Powells, "Thunder over Europe" behandelt. Nach einer Wiedergabe des Wiener Vertrages und einer Besprechung der durch ihn in Paris, Prag und Warschau verursachten "Konföderation" stellt er fest, daß die geplante Zollunion zwar unter Umständen ein erster Schritt zum Anschluß werden könnte, mit diesem aber absolut nicht identisch sei.

Wenn man die Zollunion aus Anschlußangst verbleite, könne die Polizei ebenso gut Spazierstäde aus Angst vor einem Aufstand verbieten.

Der Vertrag sei so geschickt abgefaßt, daß er rechtlich unanfechtbar sei. Man habe Österreichs Unabhängigkeit garantiert und deshalb sei es frei, mit wem es mag, eine Zollunion einzugehen. Wenn es eine solche mit der Tschechoslowakei oder mit Italien abgeschlossen hätte, so wäre gewiß kein Protest erhoben worden. Dies beweist, daß die opponierende Gruppe politische vor wirtschaftliche Erwägungen setzt. Der Vorschlag Briands enthalte nichts Greifbares. Es sei verständlich, daß Deutschland und Österreich, des ewigen Wartens müde, eine Seite aus Briands Plan herausgenommen und mit der Niederreitung der Zollmauern am Punkte des geringsten Widerstandes begonnen hätten. Dieser Schritt werde sich als weise und von allgemeinem Nutzen zeigen, er werde eine Lehre für andere Staaten sein. Die Frage sei heute die, ob es der Angst und dem Mißtrauen Frankreichs und seiner Bundesgenossen länger erlaubt sein soll, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu verzögern.

Die Nachricht vom Schlag, der die Österreichische Credit-Anstalt getroffen hat, kam führenden New Yorker Banken unerwartet und brachte Österreich in trauriger Weise in aller Mund. Wenn ich der Befürchtung Ausdruck gab, daß durch dies Ereignis die Aussichten auf die Zollunion gelitten haben könnten und die finanzielle Macht Frankreichs nun um so mehr die Entscheidung in der Hand haben würde, dann wurde mir mehrfach zuversichtlich erwidert, daß das Gegenteil der Fall sein dürfe. Gerade dieses Ereignis habe die desperate Lage Österreichs beleuchtet, habe gezeigt, daß es auf die Verwirklichung der vageren Versprechungen Briands nicht warten könne und habe den Druck veranschaulicht, unter dem die Wiener Regierung gehandelt hat. Das Verständnis für die Lebensunsicherheit einer auf ihre jämmerlichen Grenzen beschränkten österreichischen Volkswirtschaft sei also durch diesen traurigen Vorfall in Amerika und anderwärts nur gestiegen.

Rundschau des Staatsbürgers.

Steuererleichterung für gefährdet Handelsunternehmen.

Das Finanzministerium hat durch ein Rundschreiben die Finanzkammern ermächtigt, im Bereich ihrer Tätigkeit eine liberalere Anwendung des Art. 94 der staatlichen Umlaufsteuer durchzuführen, und zwar derart, daß den Eingaben um Umklassifizierung von Handelsunternehmen von der 2. nach der 3. und von der 3. nach der 4. Handelspatentkategorie stattzugeben ist. Die Finanzkammern sind ferner berechtigt, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Beantragung um Steuererleichterung diejenigen armen Steuerzahler von der Auskraftspflicht eines Handelspatentes 4. Kategorie zu befreien, sofern durch den Auslauf eines solchen Handelspatentes die wirtschaftliche Existenz des in Frage kommenden Unternehmens gefährdet würde.

Die Finanzkammern sind auf Grund dieses Rundschreibens ferner ermächtigt, die Berufungen der vorher abschlägig entschiedenen Eingaben einer erneuten Erledigung zu unterziehen.

Dieses Rundschreiben des Finanzministeriums ist eine Ergänzung einer Reihe früher bereits veröffentlichter Rundschreiben, die zwar keine wesentlichen allgemeinen Steuererleichterungen brachten, aber die Rigorosität unserer Steuerschraube in gewissen Fällen abschwächten. Alle diese Rundschreiben sind als Zugeständnisse der Finanzbehörden an die veränderten Wirtschaftsscheinungen der Gegenwart zu werten und beweisen nur zu deutlich, wie brennend das Problem der Steuerreform geworden ist. Die vielen Rundschreiben, die Entspannungen und Erleichterungen bringen sollen, haben bereits eine derartige Unzahl von Ausnahmen geschaffen, daß es den gewieitesten Steuerfachverständigen schwer fällt, noch die richtige Anwendung der Steuergesetzgebung zu gewähren. Die danielierende Wirtschaft wartet auf die Reform, die zeitgemäßen Wirtschaftsforderungen Rechnung trägt.

Eine neue Spionageaffäre.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Demkowksi-Affäre ist durch Erschließung des der Spionage überwiesenen Majors erlebt. Mit ihr scheinen jedoch die Spionageaffären, die jetzt die Öffentlichkeit in Aufregung versetzen, keineswegs erschöpft zu sein. Die Spuren, die zur Entlarvung Demkowskis geführt hatten, ermöglichen die Aufdeckung auch einer anderen Spionageorganisation,

in welcher eine in gewissen industriellen Kreisen sehr bekannte Persönlichkeit, Antoni Staniszewski, der sich als Ingenieur bezeichnete und für einen solchen gehalten wurde, die Hauptrolle spielte.

Staniszewski wurde in Wilna im Hotel Bristol verhaftet, wo er ein Zusammentreffen mit dem schon bei der Demkowksi-Affäre erwähnten Attaché der Sowjetgesandtschaft Bogoboj haben und diesem Spionagematerial übergeben sollte. Bei Staniszewski wurden außer Dokumenten, die seine Spionagetätigkeit unwiderruflich erwiesen, ein kostbarer photographischer Apparat für Präzisionsaufnahmen, einige Hundert Blöte, einige zehn Dollar, sowie Notizen gefunden, von denen manche chiffriert waren. Am nächsten Tage

wurde die Freundin Staniszewskis, Michalina Grot, verhaftet,

die seine Helferin gewesen sein und ihm Material geliefert haben soll. Beide wurden nach Warschau überführt und hier zur weiteren Disposition der Gerichtsbehörden gefangen gesetzt.

Die Untersuchung, welche vom Appellationsuntersuchungsrichter für Angelegenheiten von außerordentlicher Bedeutung Witkowski geführt wird, sieht immer weitere Kreise und bezweckt die Entlarvung und Verhaftung einer Reihe von Komplicen Staniszewskis. Im Zusammenhang mit dieser Affäre sind — wie soeben gemeldet wird —

noch zwei weitere Personen,

ein Mann und eine Frau, deren Namen vorläufig gehalten werden, verhaftet worden.

Das Haupt der Organisation, Antoni Staniszewski, hat eine sehr bewegte und wahrhaftig nicht uninteressante Vergangenheit. Er ist ohne Zweifel ein begabter Mann, der schon nahe daran war, sich zu einer angesehenen Lebensstellung emporzuschwingen. Er hat aber das in gewissen Kreisen gerade nötige Maß von Skrupellosigkeit, das sich zuweilen in den Grenzen notdürftiger Legalität ungestört auswirkt, allzusehr übertritten und sich dadurch ins Verderben gestützt. Antoni Staniszewski, der jetzt 47 Jahre alt ist, stammt aus einer soliden Arbeitersfamilie in Sosnowice. Sein Vater war Schlosser in der Fabrik der Firma „Fischer und Camper“ und beteiligte sich eifrig an der damaligen unterirdischen Agitation der P.P.S.. Der junge Staniszewski trat in die Fußstapfen des Vaters, wurde Schlosser in derselben Fabrik, schloß sich der Partei an und spielte in der revolutionären Zeit von 1905/6 keine geringe Rolle.

Bei verschiedenen Gelegenheiten hatte er sich durch seine außerordentliche Lüthheit hervorgetan. Als er von den russischen Behörden verhaftet werden sollte, versuchte er ins Ausland zu entkommen.

Hier geriet er auf eine schicke Bahn

und verübte an den Arbeitsstätten, zuerst in Mähren, dann in Belgien, wo er Arbeit fand, Erpressungen oder Beträgerien, für die er sich der Verantwortung durch Flucht entzog. Schließlich landete Staniszewski in England, wo sich ihm eine große Glücksschance bot. Er arbeitete in einer Waffenfabrik und machte dort eine Erfahrung, die in einer Verbesserung der Konstruktion des Maschinengewehrs bestand. Diese Erfahrung brachte ihm eine beträchtliche Geldsumme ein, aber verwirrte zugleich seinen Charakter noch mehr. In seinem Erinnerungsstolz legte er sich den Ingenieurtitel bei, den er seitdem nicht mehr abgelegt hat. Er kaufte eine kleine Glashütte, die er bald zu einem ganz großen Unternehmen entwickelt hat.

Nach dem Kriege war er vollends ein wohlhabender Mann. Als der polnische Staat entstanden war, kehrte er in die Heimat zurück und warf sich auf verschiedene Unternehmungen. Oft ließ er sich im Sejm sehen, noch öfter in verschiedenen militärischen, industriellen und sonstigen Institutionen, wo er allerlei Geschäfts- und Lieferungsverträge mache. So betätigte er sich im Güterverteilungs-Geschäft in den Ostgebieten, verkauft Kohle und Holz u. a. m. Schließlich hat er sich in die seinerzeit bekannte

Affäre der Militärlieferungen

eines gewissen Gąbiński verwickelt. Von diesem Abenteuer an sank er immer tiefer. Wie vielleicht noch erinnerlich sein dürfte, hatte Gąbiński vom damaligen Kriegsminister Sikorski einen Bestellungsauflauf für Maschinen erhalten, wiewohl er damals noch keine Fabrik besaß. Für den empfangenen Vorschuss hat Gąbiński

in Pommerellen eine Schmiede gekauft,

die er zu einer Fabrik auszubauen begann. Die vom Minister Sikorski abgesandten Untersuchungsbeamten stellten an Ort und Stelle fest, daß die Fabrik wirklich gebaut werde; daraus bekam Gąbiński eine Anleihe. In dessen hat Gąbiński diese im Umbau befindliche Schmiede bald wieder verkauft und eine kleine Fabrik in Sandomir erworben. Diese Fabrik sollte sein Geschäftsgenossen Staniszewski ausbauen. Aber die Geschäftsgenossen gerieten in Zwistigkeiten, die schließlich dazu geführt haben, daß Staniszewski gegen Gąbiński eine Anzeige erstattete.

Die letzte Etappe seines Sturzes war

die Ankündigung von Beziehungen zu dem Vertreter des sowjetrussischen Nachrichtendienstes Bogoboj.

Staniszewski entwickelte im Auftrage Bogoboj eine weitreichende Spionagetätigkeit. Er vermochte sich eine Stellung in einer im Sicherheitsdreieck bei Skarżyska gelegenen Fabrik zu verschaffen. Von dort aus schickte er dem Attaché Bogoboj verschiedene Meldungen zu. Um sich besser der Beobachtung zu entziehen, kaufte er ein kleines Häuschen mit einem Garten in Konstancin und wohnte dort. Oft aber reiste er nach Wilna, wo er mit Bogoboj, der unter dem Pseudonym: „Herr Roman“ auftrat, zusammenzutreffen pflegte. Wie die Untersuchung ergeben hat,

reiste Staniszewski dann auch im Auftrage Bogoboj nach England,

wo er sich bis Ende 1930 aufhielt und unter dem Vorwand des Angebots von Erfindungen, bei den großen Munitionsfabriken „Wickers“ und „Arenal“ anzukommen und militärische Geheimnisse zu stehlen suchte. Er wurde von den Engländern dabei erfaßt und aus England ausgewiesen.

Während des ersten Verhörs gestand Staniszewski, daß er dem Attaché Bogoboj Nachrichten aus dem Gebiete der Kriegsindustrie übermittelte und dafür eine Bezahlung in Dollars erhalten hatte. Er beklagte sich im Laufe des Verhörs,

dass Bogoboj in letzter Zeit sehr sparsam wurde und die ihm übermittelten Nachrichten nur mit geringen Summen honorierte.

Es ist recht interessant, daß man auf die Spur der beiden letzten Spionageaffären auf Grund von Informationen geraten ist, die von Paris, Berlin und Wien nach

Warschau gekommen waren. Die Informationen lauteten dahin,

dass Moskau in letzter Zeit sehr genau über politische militärische Angelegenheiten unterrichtet sei und in engem Kontakt mit dem Generalstab in Warschau stehe.

Daraus hin wurde eine scharfe Beobachtung der Offiziere des Generalstabes angeordnet, die zur Deckierung Demkowskis geführt hat.

Die beiden letzten Spionageaffären werfen ein greelles Licht auf die Person des Attachés der Sowjetgesandtschaft in Warschau, Bogoboj, der gleich nach der Verhaftung Demkowskis Warschau verlassen hat.

Am Dienstag, dem 21. d. M., hat der Vizeminister Beck den sowjetrussischen Geschäftsträger Broffkowics empfangen. Dieser Besuch des Sowjetvertreters im Außenministerium wird mit den letzten Spionageaffären, bei denen sich der Attaché Bogoboj grundsätzlich kompromittiert hat, in Zusammenhang gebracht.

In dringenden Fällen darf man uns gebührenfrei besuchen!

Ausführungsbestimmungen zur reichsdeutschen 100 R. M.-Verordnung.

In Berlin sind am 22. ds. Ms. Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen erschienen. Diese Bestimmungen haben folgenden Wortlaut:

§ 1.

Zuständig für die Erhebung der Gebühr und für die Eintragung des Entrichtungsbuches in den Paß ist jede Polizeibehörde im Reichsgebiet ohne Rücksicht auf ihren örtlichen Bereich. Der Vermerk lautet: „100 Reichsmark Ausreisegebühr entrichtet.“

§ 2.

(1) Gegen ein Zuschlag von 50 v. H. kann die Gebühr statt an die Polizeibehörde (§ 1) auch bei der Grenzübergangsstelle (an die Bahnhofschaukabinette entrichtet werden. In diesem Falle lautet der Vermerk: „150 Reichsmark Ausreisegebühr entrichtet.“

(2) Der Zuschlag wird erst vom Beginn des 30. Juli 1931 ab erhoben.

§ 3.

Die Gebühr für Auslandsreisen wird nicht erhoben bei Überqueren der Grenze

1. im kleinen Grenzverkehr im Rahmen der hierüber in pakettechnischer Hinsicht durch zwischenstaatliche Vereinbarungen oder in anderer Weise getroffenen Regelung. Das gleiche gilt für den Grenzübergang im Rahmen des deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien vom 11. Juni 1922 (Reichsgesetzbl. II, S. 237);

2. zum Zwecke der Auswanderung, wenn eine Bescheinigung einer größeren Auswandererberatungsstelle (abgedruckt in der Ueberschrift des Nachrichtenblattes der Reichsstraße für das Auswanderungswesen) vorliegt, wonach der Auswanderer dieser Stelle gegenüber die ernsthafte Absicht zur Auswanderung glaubhaft gemacht hat. In besonders dringenden Fällen genügt die Glaubhaftmachung der Auswanderungsabsicht ohne Vorlegung einer derartigen Bescheinigung;

3. auch sofern die Voraussetzungen der Nr. 2 nicht vorliegen, zum Zweck der Arbeitsaufnahme oder zur Erfüllung eines Dienst- oder Werkvertrags im Ausland;

4. von Personal von Transportunternehmen, wie z. B. Eisenbahnen, Post-, Schiffahrts-, Luftverkehrs- und Kraftwagenbetrieben sowie von Schlafwagen-, Speisewagen- und dergleichen Gesellschaften, das in oder zur Ausübung seines Berufs die Grenze überquere. Das gleiche gilt in der gewöhnlich betriebenen Schiffsreise einschließlich der Fischerei für die Schiffsbesatzung, für das Schiff führenden Schiffseigner und für die sie und die Schiffsbesatzung üblicherweise begleitenden Familienangehörigen sowie für Loten;

5. bei Transporten von erholungsbedürftigen Kindern unter 15 Jahren, soweit es sich um Sammeltransporte handelt. In diesem Falle wird die Gebühr auch von dem Begleitpersonal des Sammeltransports nicht erhoben;

6. auf Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die zwar über ausländisches Gebiet führen, aber in Deutschland beginnen und enden, sofern sich der einzelne Aufenthalt im Auslande außerhalb des benutzten Verkehrsmittels nicht über 12 Stunden erstreckt.

Wenn es Herrn Müller, der mit einem gebrochenen Arm im Spital liegt, einen Trost gewährte, daß sich einige Tage später auch sein Freund Schulz im analogen Streckenverband befindet, dann müßten wir mit innerer Genugtuung die neue deutsche Paßverordnung auf uns wirken lassen. So ist es aber nicht. Müllers Schmerzen sind die gleichen, die Arzt- und Apotheker-Rechnung wird nicht geringer, auch wenn Schulz dieselben Kosten hat. Das Sprichwort „Getilpter Schmerz ist halber Schmerz“, trifft nicht für alle Lebenslagen zu.

Ein Beispiel: Der Friedensschluß und die ihm folgende tolerante Auswertung der Minderheitenschutzverträge hat die Familien der Deutschen in Polen sozusagen gedrittelt. Zwei Drittel kamen ohne Passchwierigkeiten nach Deutschland, das letzte Drittel blieb mit anderen Schwierigkeiten in der Heimat zurück. Nach diesen Ereignissen baute man um Polen eine chinesische Mauer. Die alten Eltern, deren Kinder nach Deutschland geflogen waren („geflohen“) ist die passive — leidende Form von „fliegen“), konnten diese nicht mehr besuchen. Der Paß war und ist einfach unbeschreibbar. Selbst das Loch über Danzig wurde verstopt, trotzdem kein ersichtlicher Rechtsgrund dafür vorlag und trotzdem dieses Loch von einem gnädigen Schicksal eigens dazu geschaffen war, ein mildes Pfaster auf die große Paßwunde zu legen.

Aber wenigstens die im Reich lebenden Kinder konnten ihre alten Eltern in den Ferien besuchen, und die Heimatflüsse mit den Heimatlocken begrüßen. Sie bezahlten dafür nur ein Trinkgeld. Jetzt ist das ganz anders geworden. Deutschland hat, wie der „Dziennik Budzofski“ begeistert ausführte, die „polnische Wirtschaft“ eingeführt. Auch im Paßwesen. Die Sache ist etwas milder ausgefallen als hier bei

uns. Es gibt eine Menge Erleichterungen. Man kann die alten Eltern wenigstens umsonst besuchen, wenn sie frank oder gestorben sind. Man kann auch sonst noch dringende Fälle konstruieren. Vielleicht wird sich auch ein Grund für eine Geschäftsreise finden lassen, die man gratis unternehmen kann.

Gestern sagte das Radio noch zwei neue Erleichterungen zu, die für uns wesentlich sind. Einmal darf jeder ohne Paßgebühr nach Danzig reisen, der die Boppoter Waldfestspiele besuchen will. Er braucht lediglich diesen Reisezettel anzugeben, dann spart er einen blauen Schein. Die zweite Erleichterung betrifft Mitglieder aller Wandervereine, die sich ins Ausland begeben wollen. Wir möchten wetten, daß diese Vereine jetzt einen Riesenzulauf erhalten werden.

Feder, der ins Ausland fahren will, wird Mitglied von einem Alpenklub; will er sich nach Polen begeben, so muß er schon in den Westiden-Verein eintreten, vorausgesetzt, daß die Mitgliedsgebühren den Betrag von 100 Rm. nicht übersteigen.

Es bleibt nur die Frage übrig: wozu die chinesische Mauer um Deutschland, wenn die stärkere chinesische Mauer um Polen schon seit Jahren in der Welt als ein Unding empfunden wird? Diese Mauer wird vollends unmöglich, wenn das mildere deutsche Gemüth dabei souverän schafft, daß letzten Endes von der ganzen Verordnung nichts weiter übrig bleibt, als ihr schlechter Ruf. Vielleicht fällt ein ganz Dummer in ihre Masche. Das ist dann aber gewiß kein Schieber, der sein Kapital ins Ausland bringen will. Diese Leute, die jetzt stolz mit einem Geschäftspaß verschwinden, lassen sich durch eine derart bedauerliche Nachahmung unserer Verhältnisse wahrhaftig nicht verblüffen.

Der Entrichtungsvormerk (§§ 1, 2) und der Befreiungsvormerk (§ 4 Abs. 1) sind nach Möglichkeit auf der letzten oder der vorletzten Seite des Paßes anzubringen und mit Orts- und Tagesangabe, der Unterschrift des ausstellenden Beamten und dem Behördenstempel zu versehen.

Als Paß im Sinne dieser Verordnung gelten auch die für den Grenzübergang sonst zugelassenen Papierfahppiere.

Über Beschwerden gegen die Entscheidung der Polizeibehörden oder Bahnhofschaukabinette entscheidet der Präsident des zuständigen Landesfinanzamts. Die Entscheidung ist endgültig.

Die Gebühr wird nicht erhoben für Reisen, die vor Beginn des 22. Juli 1931 angetreten sind, sofern die Grenze (bei der Ausreise aus dem Reich! D. R.) bis zum Ablauf des 22. Juli 1931 überschritten wird.

Berlin, den 21. Juli 1931.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers u. Reichsminister der Finanzen
(ges.) H. Dietrich.

uns. Es gibt eine Menge Erleichterungen. Man kann die alten Eltern wenigstens umsonst besuchen, wenn sie frank oder gestorben sind. Man kann auch sonst noch dringende Fälle konstruieren. Vielleicht wird sich auch ein Grund für eine Geschäftsreise finden lassen, die man gratis unternehmen kann.

Gestern sagte das Radio noch zwei neue Erleichterungen zu, die für uns wesentlich sind. Einmal darf jeder ohne Paßgebühr nach Danzig reisen, der die Boppoter Waldfestspiele besuchen will. Er braucht lediglich diesen Reisezettel anzugeben, dann spart er einen blauen Schein. Die zweite Erleichterung betrifft Mitglieder aller Wandervereine, die sich ins Ausland begeben wollen. Wir möchten wetten, daß diese Vereine jetzt einen Riesenzulauf erhalten werden.

Feder, der ins Ausland fahren will, wird Mitglied von einem Alpenklub; will er sich nach Polen begeben, so muß er schon in den Westiden-Verein eintreten, vorausgesetzt, daß die Mitgliedsgebühren den Betrag von 100 Rm. nicht übersteigen.

Es bleibt nur die Frage übrig: wozu die chinesische Mauer um Deutschland, wenn die stärkere chinesische Mauer um Polen schon seit Jahren in der Welt als ein Unding empfunden wird? Diese Mauer wird vollends unmöglich, wenn das mildere deutsche Gemüth dabei souverän schafft, daß letzten Endes von der ganzen Verordnung nichts weiter übrig bleibt, als ihr schlechter Ruf. Vielleicht fällt ein ganz Dummer in ihre Masche. Das ist dann aber gewiß kein Schieber, der sein Kapital ins Ausland bringen will. Diese Leute, die jetzt stolz mit einem Geschäftspaß verschwinden, lassen sich durch eine derart bedauerliche Nachahmung unserer Verhältnisse wahrhaftig nicht verblüffen.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 26. Juli.

Königsruherhausen.

07.00: Hafenkonzert. 08.55: Morgenfeier. 11.00: Volkslieder. 12.00: Mittagskonzert. 14.00: Märchen, „Der Millionär“, eine Bauernnovelle (Metz Scheele). 16.00: Von Berlin: Aus dem Bunapart: Blasorchester-Konzert. 18.20: Dr. Carl Hagemann: Bernard Shaw (Zum 75. Geburtstage). 19.45: Von Berlin: Sport. 20.00: Von Berlin: Drei Operettenukomponisten: Viktor Holländer — Leon Jessel. 22.00: Von Berlin: Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.30—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

10.55: Danzig: Wetter. 11.00: Königsberg: Wetter. 11.05: Beethoven-Sinfonie. 12.00: Königsberger Streichquartett (Herwers, Wied, Wied-Hülser, Kirberger), Streichquartett B-Dur, Op. 135. 13.30: Zwiesgespräch „Die Muß und ihr Publikum“. 12.00: Konzert. 14.00: Jugendstunde. 14.25: Liederstunde, Susanne Stein, Mezzosopran; Flügel: Leo Daubmann. 14.50: Buchhändler Fritz Grunwald: Wie lege ich eine Familienchronik an? 15.15: Hans Winge: Platten, von denen man nicht spricht! 16.00: Unterhaltungsmusik. 18.00: Dr. Straube: Die Jubiläumsausstellung des Königsberger Künstlervereins im Branteturm. 18.30: Sonate G-Moll für Violine und Klavier von Oskar Brand (Bronislav Gimpel — Jacob Gimpel). 19.45: Einführung in die folgende Operette. 20.00: Von Leipzig: „Die Blume von Hawaï“. 22.00: Nachrichten der Dradag, Sport. Anschl. bis 00.30: Tanzmusik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Gründe für die Londoner Diskontnerhöhung.

London, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von England von $2\frac{1}{2}$ auf $3\frac{1}{2}$ Prozent schreibt "Financial News", daß den meisten Kreisen wegen des unbefriedigenden Ergebnisses der Londoner Konferenz dieser Schritt nicht überraschend gekommen sei. Das Blatt ist der Ansicht, daß das Londoner Börsengeld infolge Fälligwerdens deutscher Verpflichtungen, die an deutschen Banken eingelöst werden müssen, knapp sein wird. Die Erhöhung werde im allgemeinen gebilligt, obwohl die Ansicht geäußert wird, daß auch hierdurch der augenblickliche Goldabfluß nicht gestoppt werden könnte.

Weitere englische Goldverläufe in Frankreich.

Paris, 24. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem Pariser Flugplatz Le Bourget trafen am Donnerstag nachmittag, von England kommend, wieder sechs Flugzeuge ein, die acht T. englisches Gold am Bord hatten, das für die Bank von Frankreich bestimmt ist. Diese acht Tonnen haben einen Wert von 150 625 000 Goldfranc (über 25 Millionen Goldmark).

Frankreichs Goldbestand.

Der Ausweis der Bank von Frankreich vom 17. Juli bringt die ersten Spuren der neuen großen Goldtransporte von London nach Frankreich. Der Goldbestand des französischen Centralnoteninstituts ist um 420 Millionen Franc auf die Rekordhöhe von 56,5 Milliarden Franc gestiegen; die Devisenreserven erhöhen sich um etwa 18 Millionen auf 26,57 Milliarden.

Der Goldvorrat der Bank von Frankreich ist inzwischen durch die großen Ausläufe englisches Goldes weiter gestiegen, um so mehr, als die eigentlichen Goldverläufe der Bank von England erst am 19. d. M. einsetzen.

*
Diskontnerhöhung auch in Österreich. Die Österreichische Nationalbank hat ihre Diskontrate von 7 auf 10 Prozent erhöht.

Auch die privaten Emissionsbanken Deutschlands zur Herabsetzung der Deckungsquote berechtigt.

Nachdem die deutsche Reichsbank auf Grund der Notverordnung zur gefährlich zulässigen Herabsetzung ihrer Deckungsquote von 40 auf 30 Prozent berechtigt wurde, ist am 22. d. M. ein Dekret des Reichspräsidenten erschienen, auf Grund dessen das Deckungsverhältnis der umlaufenden Banknoten der privaten Emissionsbanken ermäßigelt werden kann. Diese Verordnung war eine notwendig gewordene Zusatzverordnung mit Rücksicht auf die einheitliche Stabilisierungsgestaltung der deutschen Umlaufmittel. In Deutschland haben neben der Reichsbank noch vier weitere Banken das Emissionsrecht, und zwar die Bank von Sachsen, die Bayerische Bank, die Württembergische Bank und die Badische Bank. Die Emissionskontingente betragen für das laufende Jahr 70 bzw. 60 Millionen Mark.

Getreide-Lombardkredite

bei der Landwirtschaftlichen Bank in Polen.

Die Regierung ist auch in diesem Jahre infolge eines französischen Darlehns in der Lage, Getreide-Lombardkredite auszugeben. Die Ausgabe erfolgt durch Vermittlung verschiedener Banken, u. a. auch der Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego (Landwirtschaftliche Bank) in Posen.

Die Bedingungen sind folgende:
Grundsätzlich wird auf einen Morgen mit Körnern und Hülsenfrüchten bestellter Fläche der Wert eines Doppelzentners Getreide nach der Notiz der Posener Börse am Tage vor der Darlehsaufnahme gewährt. Zu verpfänden ist hierfür das doppelte Quantum Getreide. Für den Darlehsbetrag wird bei Auszahlung eine Bereitstellungsprovision von $\frac{1}{2}$ Prozent erhoben. Außerdem ist das Darlehn mit 8 Prozent Jahreszinse zu verzinsen.

Wer also beispielweise 100 Morgen mit Körnern und Hülsenfrüchten bestellt hat, erhält ein Darlehn im Werte von 100 Doppelzentner Getreide, wofür er 20 Doppelzentner zu verpfänden hat.

Die Genehmigung der Lombarddarlehen soll nach dem 25. Juli beginnen, die Rückzahlung hat in der Zeit vom Januar bis Juni 1932, voraussichtlich in 6 gleichen Raten zu erfolgen.

Da die Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego (Landwirtschaftliche Bank) im vergangenen Jahre mit der Hergabe von Darlehen an deutschstämmige Landwirte durchweg gute Erfahrungen gemacht hat, ist sie auch in diesem Jahre gern bereit, deutschstämmige Landwirte bei der Hergabe derartiger Darlehen zu berücksichtigen.

v. B. G.

Alle Postämter nehmen Einzahlungen für die Umsatzsteuer an.

Ein Teil der polnischen Presse veröffentlichte in diesen Tagen eine Notiz dahingegen, daß die Postämter und Zweigstellen der P. A. O., die sich am Orte der Finanzämter befinden, keine Einzahlungen für die Umsatzsteuer annehmen. Diese Maßnahme sollte angeblich auf eine Anordnung des Finanzministeriums zurückzuführen sein. Daß eine solche Maßnahme unverhinderlich sein mußte, war vorauszusehen, umso mehr, da keine triftigen Gründe vorlagen, die ein Verbot der Annahme der Umsatzsteuerüberweisung durch die Postämter und Zweigstellen der P. A. O. gerechtfertigt erscheinen ließen. Die Möglichkeit der Überweisung der fälligen Steuerrate, statt einer persönlichen Einzahlung ist ohnehin eine besondere Erleichterung sowohl für die Steuerzahler wie für die Amt.

Uns mehr erfahren wir, daß die Meldung der polnischen Presse ein Mißverständnis ist. Das Finanzministerium hat vielmehr angeordnet, daß die Postämter und Zweigstellen der P. A. O., die sich im Ortsbereich der Finanzämter befinden, Umsatzsteuer-Einzahlungen auf das Postcheckkonto der Finanzämter annehmen. Demzufolge werden jetzt in allen Postämtern und Zweigstellen der P. A. O. Umsatzsteuer-Einzahlungen angenommen. Diese Anordnung bringt zweifellos eine wesentliche Erleichterung und Zeitersparnis für den Steuerzahler.

46 stündige Arbeitswoche in der Baumwollindustrie.

o. Die polnische Baumwollindustrie hat mit dem 14. d. Mts. den Zeitabschnitt der einheitlich für ganz Polen regulierten Produktion begonnen. An diesem Tage begannen die Normen in Kraft zu treten, die von dem Baumwoll-Spinnereikartell festgesetzt und wobei die 46ständige Arbeitswoche als *nur*pflichtend angenommen wurde. Von dem Kartell ist gleichzeitig eine Verteilung der Spindeln vorgenommen worden und die Tätigkeit des Kartells erstreckt sich somit auch auf das Gebiet einer Regulierung der Baumwollspinnereiindustrie in ganz Polen.

Firmennachrichten.

v. Zahlungsaufschub. In der Angelegenheit des Zahlungsaufschubs für die Pomorska Drukarnia Rolnicza S. A. in Thorn (Toruń) hat das Bürgergericht in Thorn dem Schuldner einen legtmäßigen dreimonatlichen Zahlungsaufschub bis zum 15. Oktober 1931 gewährt.

v. Konkursverfahren. In der Angelegenheit des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma Januszki & S. A. in Thorn (Toruń) hat das Bürgergericht in Thorn für den 30. Juli 1931, vormittags 11 Uhr, Zimmer 7, eine Gläubigerversammlung anberaumt.

v. Zwangsversteigerung. Das in Thorn (Toruń), ul. Opernla 18, belegene und im Grundbuch Thorn, St. Miasta Larta 180, auf den Namen der Franciszka Pasai, geb. Czwińska, eingetragene Stadthaus, bestehend aus Wohnhaus mit Seitenflügel, Hofraum und Hofsgebäude, gelangt am 11. September 1931, vormittags 11 Uhr, beim Bürgergericht in Thorn, Zimmer 7, zur Zwangsversteigerung.

v. Zwangsversteigerung. Das in Thorn-Moder (Toruń-Moder) belegene und im Grundbuch Thorn, Larta 671 und 709, auf den Namen der Antonina Szamocka, Chefrau des Kontrollkommissars Bernard Szamocki aus Stargard, zu $\frac{1}{2}$ Teilen eingesetzte Grundstück, bestehend aus Wohnhaus mit besonderem Stall und Hofraum, Stall und Wohnung, gelangt am 10. September 1931, vormittags 11 Uhr, beim Bürgergericht in Thorn, Zimmer 7, zur Zwangsversteigerung.

Preishoroskop für die neue Ernte.

(Von unserem Warschauer o-Wirtschaftskorrespondenten.)

Die Preisbildung für die Getreideprodukte aus der neuen Ernte ist, wie alljährlich, so auch in diesem Jahre wieder Gegenstand der Sorge der Regierung sowie der landwirtschaftlichen Kreise. Auch in diesem Jahre gedenkt man wieder mit verstärkter Energie daran zu gehen, zunächst ein zu starkes Angebot von Getreide aus der neuen Ernte zu verhindern und so einer Verschlechterung des Getreides durch die Landwirte vorzubeugen. Aber gerade in diesem Jahre besteht die Gefahr eines übermäßigen und überstürzten Getreideangebots seitens der Landwirtschaft in besonderen hohen Maße, da die Wirtschaftskrisis sich gegenüber den Vorjahren keineswegs verbessert hat, sondern ganz allgemein auch in der Landwirtschaft wohl noch schwerer geworden ist. Andererseits ist die Regierung aus budgetären Gründen gezwungen, ihre finanzielle Hilfe für die Landwirtschaft einzuschränken und die Steuerämter werden sogar rücksichtsloser an die Einfreibung der Steuern gehen müssen(!), um die vorgeschriebenen Eingänge für den Staatshaushalt einzubekommen.

Man hat versucht, im Auslande Hilfe zu erhalten. Frankreich hat einen Kredit von 50 Millionen Franc für Finanzierung der Ernte bewilligt, jedoch reicht die Summe für die polnischen Erforderungen längst nicht aus. Der ehemalige Landwirtschaftsminister und jetzige Direktor des Verbandes der landwirtschaftlichen Organisationen Gościcki äußerte sich kürzlich dahingehend, daß selbst nach Innumerausfüllung von Getreideexportkrediten das Getreideangebot kurz nach der Ernte trocken sehr hoch sein wird mit Rücksicht auf die bedeutenden Verpflichtungen der Bank wirtschaft, die gleich nach der Ernte fällig sind.

Abgesehen von diesen Tatsachen kommen noch verschiedene andere erschwerende Momente hinzu, die jede Horoskopstellung für die Getreidepreise der neuen Ernte ungünstig ausspielen lassen. Vielleicht ist man zwar in landwirtschaftlichen Kreisen der Ansicht, daß die diesjährige Ernte bei Roggen um etwa 20 Prozent schlechter ausfallen wird, als die Ernte des Vorjahrs. Jedoch ist auf der anderen Seite mit der Möglichkeit einer größeren Ernte an anderen Getreidearten zu rechnen. Tatsächlich ist in diesen Tagen bereits an verschiedenen Börsen des Landes Roggen und Gerste der neuen Ernte angeboten worden, und zwar an der Warschauer Börse Roggen mit etwa 23 Zloty, Gerste mit etwa 25 Zloty für 100 Kilogramm, in Posen wurde Gerste der neuen Ernte sogar Ende der vergangenen Woche mit 19 bis 20 Zloty verkauft. Gleichzeitig geben die Preise für alten Roggen recht empfindlich zurück. Dieser Rückgang wird der Ansicht Direktor Gościckis folgen auch in den nächsten Wochen noch anhalten und so lange dauern, bis die polnischen Inlandspreise für Getreide sich den sehr niedrigen Exportpreisen angepaßt haben.

Die Annahme, daß die Getreidepreise im Ausland sich in absehbarer Zeit besser werden, dürfte ebenfalls wenig Aussicht auf Wirklichkeit haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das sowjetrussische Getreide dem polnischen weiterhin auf den wichtigsten Getreidebörsen des Kontingents, das heißt in Rotterdam und in Hamburg, erhebliche Konkurrenz machen wird. Das sowjetrussische Kommissariat für Landwirtschaft hat berechnet, daß für die laufende Ernte von den im Fünfjahrsplan vorgesehenen Getreideanbauflächen tatsächlich befaßt werden sind bei Weizen 90,3 Prozent, Gerste 91,2 Prozent, Hafer 92,3 Prozent und Mais 78,2 Prozent. Wenn die Verhältnisse bei dem Roggenanbau in Sowjetrußland auch nicht so günstig liegen, so ist zweifellos doch weiterhin mit einem großen Roggenexport Sowjetrußlands zu rechnen. Auf polnischer Seite sind in der letzten Zeit verschiedene mehr oder weniger offizielle Stellungnahmen zu verzeichnen, die von der Möglichkeit einer polnisch-russischen Roggenverständigung sprechen. Man geht dabei von der Tatsache aus, daß Polen mit seinem Export von etwa 200 000 Tonnen Roggen und 80 000 Ton-

nen Roggenmehl auf die europäischen Märkte gegenwärtig der einzige bedeutende Roggenexporteur Europas neben Sowjetrußland ist. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahre für polnischen Exportroggen ein Preis von 5,152 holl. Gulden für 100 Kilogramm erzielt wurde, während sowjetrussischer Roggen in derselben Zeit nur bis zu 4 holl. Gulden brachte, woraus weiterhin die großen Vorteile für Sowjetrußland bei einer Roggenverständigung mit Polen klar gelegt werden sollen. Durch zu niedrige Preisbildung und infolge der Planschlüsse des Exportes hat Sowjetrußland — worauf man in Polen besonders hinweist — etwa 5 Millionen holl. Gulden eingebracht. Ob die sowjetrussische Seite dieser Argumentation zugänglich ist, ist fraglich, man wird in Sowjetrußland wahrscheinlich sehr großes Gewicht darauf legen, bei Roggen und umfangreich völlig freie Hand zu behalten.

In den wichtigsten Getreide produzierenden Ländern erwartet man in diesem Jahre größere Ernten als im vorigen. Die Roggenernte der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika wurde am 1. d. Mts. offiziell auf 718 Millionen Bushel geschätzt gegenüber einer Ernte von 550 Millionen Bushel im Vorjahr. Große Exportüberschüsse bestehen ferner Kanada, am 12. d. Mts., 12,5 Millionen Bushel, und Argentinien. Der Ernteausfall hängt in diesen Ländern zwar noch stark von den atmosphärischen Verhältnissen ab, in jedem Falle wird aber nach der neuen Ernte ein erheblicher Getreideüberschuss vorhanden sein. Infolgedessen sind die Getreidenotierungen im Ausland weiterhin niedrig. In Rotterdam und Antwerpen zahlte man beispielsweise in diesen Tagen für sowjetrussischen Roggen 17,30 Zloty, argentinischen Hafer 15,30 Zloty und einige Arten von Weizen sanken auf das Niveau von La Plata Weizen und wurden mit 20 Zloty für 100 Kilogramm notiert.

Es ist eine überall festzustellende Errscheinung, daß die Preise von Weizen und Roggen nur noch einen sehr geringen Unterschied aufweisen, teilweise sogar fast gleich sind. Da nun Polen den Weizenanbau stark vergrößert hat, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in diesem Jahre der polnische Weizenexport stärker sein wird als der Roggenexport, ein Vorteil für die polnische Landwirtschaft sich aber infolge des geringen Preisunterschiedes nicht ergibt.

Um den schlimmsten Folgen der Preisdepression vorzubereiten, hat der Oberste Rat der landwirtschaftlichen Organisationen am 17. d. M. dem Ministerpräsidenten Prystor eine Denkschrift vorgelegt, in der folgende Forderungen der Landwirtschaft zur Verbesserung der Lage auf dem Getreidemarkt aufgestellt werden:

1. Es soll von der Regierung ein Fonds von mindestens 15 Millionen Zloty festgesetzt werden für die Verluste des staatlichen Getreideunternehmens während der Interventionen zugunsten einer Verbesserung des Getreidepreises im laufenden Jahre, ferner soll der Umlaufs fonds der staatlichen Getreideunternehmen in der ursprünglichen Höhe von 40 Millionen Zloty wieder hergestellt werden.

2. Die Regierung soll den staatlichen Getreideunternehmen einen entsprechend hohen Kredit sichern für Durchführung von Interventionskäufen auf den inländischen Getreidemarkt.

3. Es sollen die Getreide-Zwangsvorsteigerungen mit der Aktion der staatlichen Getreideunternehmen verbunden werden zwecks Verhinderung einer künftigen Preisrückwendung bei den Massenangeboten durch derartige Zwangsvorsteigerungen.

4. Es soll ein Monopol für die Mais einfuhr eingeführt und mit sofortiger Wirkung der Soll für Hirse und Reis erhöht werden.

5. Die Regierung soll einen Beschluß veröffentlichen hinsichtlich der Höhe der Zollrückerstattungen bei Getreide und insbesondere aufklären, ob auch für Gerste ebenso wie bei den anderen Getreidearten Exportprämien gezahlt werden.

Die Antwort der Regierung auf diese Forderungen ist noch nicht bekannt geworden, ein Teil von ihnen dürfte zweifellos angenommen werden.

Diskontnerhöhung in London.

Die Lage am englischen Geld- und Kapitalmarkt wird ernst. Noch im Laufe der vergangenen Woche sahen es, daß die Kreditkündigungen der französischen Geldgeber nur auf Anordnung "höherer" Stellen erfolgten, um durch die dadurch entstehende Unruhe die kommenden Finanzverhandlungen sowohl in Paris wie in London zugunsten Frankreichs zu beeinflussen. Der Kapitalabfluß blieb jedoch ununterbrochen, das Nachlassen des Pfundkurses sowohl in Paris, New York, Amsterdam, Basel und Berlin hatte auch einen stärkeren Kurssverlust englischer Staatspapiere zur Folge. Das englische Notenamt war zu großen Goldverkäufen im Auslande genötigt. Als Goldauskäufer nannte man an erster Stelle Frankreich, und was eine besondere Verwunderung in englischen Finanzkreisen hervorrief — auch Holland und Belgien betätigten sich daran. Bis zum 23. d. M. betrugen die Goldverkäufe der Bank von England 17 Millionen Pfund Sterling, wodurch ihre Reserven auf 147 Millionen Pfund zurückgingen. Die Goldreserve ist damit wieder unter die Mindestgrenze gefallen, die für die Aufrechterhaltung des Diskonts maßgebend ist. Die Goldverluste des englischen Centralnoteninstituts waren infolge der großen Kursschwankungen ausländischer Guthaben nur eine natürliche Folge.

Wie heikel die Lage auf dem Londoner Geldmarkt wieder geworden ist, ist am deutlichsten daraus zu erkennen, daß sich, wie seit einigen Tagen erwartet werden mußte, hente die Erhöhung ihrer Diskontrate von $2\frac{1}{2}$ auf $3\frac{1}{2}$ Prozent entschlossen hat. Eins war aber bei der Diskontnerhöhung überraschend; es erscheint im Augenblick sehr zweifelhaft, ob sie ihren Zweck erfüllen wird, denn die erhebliche Spanne zwischen dem englischen Diskont und den Bankraten der anderen Geldzenträten ist groß genug gewesen, um in normalen Zeiten anregend auf den Zustand ausländischer Guthaben nach London zu wirken. Des weiteren ist die Erhöhung des Diskonts für die Handlungen

der ausländischen Banken keineswegs maßgebend. Sie sind ja jetzt in der Hauptstadt auf den Wunsch zurückzuführen, sich in diesen Tagen der Krise so liquide wie möglich zu halten. Die Diskontnerhöhung mag vielleicht die Kursschwankungen der amerikanischen Banken, Hollands, Belgien oder der Schweiz aufhalten, aber es ist sehr zweifelhaft, ob die Diskontnerhöhung Paris gegenüber ihren Zweck erfüllen wird.

Die Börse reagierte zunächst auf das magere Ergebnis der Londoner Ministerbesprechungen und auf die Diskontnerhöhung der Bank von England recht ungünstig. Die Tendenz an der Stock Exchange ist heute als allgemein schwach zu bezeichnen. Britische Staatspapiere sind meist um einen vollen Punkt gesunken. Desgleichen bleiben deutsche Papiere angeboten; die Young-Anleihe ist auf 57, die Dames-Anleihe auf 55 aufgewichen. Anglo-amerikanische Spezialitäten sind schwach. Minenwerte stehen unter einem französischen Verkaufsdruck.

Die Londoner Börse lag heute auf die Diskontnerhöhung hin weiter in schwacher Haltung. Die Tendenz des Pfund Sterling ist von der Diskontnerhöhung überhaupt nicht beeinflußt worden, und besonders der Dollar, aber auch der französische Franc, notierten sogar wesentlich ungünstiger für London, als gestern. Man kann also nicht davon sprechen, daß die Heraufsetzung des Diskonts in der Weise wirkungsvoll gewesen ist, daß die Goldbestände des Noteninstituts dadurch vor weiteren Attacken geschützt worden sind.

Soweit sich demnach die Lage jetzt überblicken läßt, war die Diskontnerhöhung ein vorzeitiger Schritt, der weniger aus innermäßigen Rücksichten erfolgte, als ein Manöver der Taktik war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Kreditabfälle trotzdem anhalten werden, zumal alle Voraussetzungen in London darauf schließen lassen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 24. Juli auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt $7\frac{1}{2}\%$, der Lombardzins $8\frac{1}{2}\%$.

Der Zloty am 23. Juli. Danzig: Ueberweisung 58,29 bis 58,30%; Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,92%; -47,32%; London: Ueberweisung 43,43; Paris: Ueberweisung 285,00; Brag: Ueberweisung 377,00; New York: Ueberweisung 11,21%; Wien: Ueberweisung 79,46-79,74.

Warschauer Börse vom 23. Juli. Umsätze, Verlauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bulearest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,80, 360,70 — 358,90, Japan —, Konstantinopel —, Copenhagen —, London 43,29, 43,40 — 43,18, New York 8,925, 8,945